GLOBAL VIEW

Unabhängiges Magazin
der Österreichischen Liga für die Vereinten Nationen
und des Akademischen Forums für Außenpolitik

1 | 2006
3 EURO

State- and Nationbuilding

United Nations Youth and Student Association of Austria
Academic Forum for Foreign Affairs

Johannesgasse 2/2/32
A-1010 Vienna/Austria
Tel./Fax: +43/1/512 85 21
E - Mail: vimun@afa.at
http://www.vimun.at

VIMUN

6 - 10 August 2006

UN Headquarters
Vienna, Austria, Europe

A MODEL UNITED NATIONS FOR STUDENTS FROM ALL OVER THE WORLD

Liebe Leserin!
Lieber Leser!

Foto: Eva Fischer - Ankern

Habe ich in den letzten Ausgaben an dieser Stelle immer von unseren geplanten Vorhaben, das Global View am heimischen Zeitungsmarkt zu etablieren, berichtet, möchte ich diesmal die Chance ergreifen, einmal das letzte halbe Jahr Revue passieren zu lassen: Es begann eigentlich alles mit einem Volontariat im Sommer 2005, wo ich die einmalige Chance erhalten habe, im „BUERO 16" ein wenig „Designerluft" zu schnappen. Dabei konnte ich mir wichtige Soft Skills zur optischen Gestaltung einer Zeitung aneignen, welche ich dann mit dem Global View in die Praxis umsetzte.

Als weiteren wichtigen Schritt in Richtung Professionalität stockten wir das Redaktionsteam auf insgesamt fünf Mitglieder auf. Dieses sehr junge und engagierte Team war seither stets bemüht, interessante gesellschaftspolitische Schwerpunkte aufzugreifen und kontrovers und diskussionsfähig darzubieten. Unserem Konzept entsprechend versuchten wir vermehrt Themen, welche oft ausgeklammert oder engstirnig betrachtet werden, eine gewisse Weite zu geben. Zusätzlich sollte die Zeitung aber auch unterhalten. Daher bauten wir die Rubrik „Culture" weiter aus und konnten mit dem Karikaturisten Josef C. Ladenhauf sogar eine eigene Cartoonseite gestalten.

Da es viele Magazine mit außenpolitischen Themen in Österreich gibt, mussten wir eine Nische finden, in welcher sich das Global View behaupten konnte. Dies war in unserem Fall nicht schwer, da es im gesamten Bundesgebiet bislang keine Zeitschrift für weltpolitische, diplomatische, wie aber auch kulturelle Themen rund um die Vereinten Nationen gab. So versuchten wir vermehrt UN-relevante Themen in das Magazin einzuarbeiten. Dazu bekamen wir professionelle Hilfe von Dr. Axel Wüstenhagen, welcher uns immer mit Rat und Tat zur Seite stand und in dieser Ausgabe unsere neue Rubrik „UNO Aktuell" konzipierte und verfasste. Die Tätigkeiten der Vereinten Nationen sollen ab nun ein integraler Bestandteil des Global View sein.

Die Arbeit im Redaktionsteam war für uns alle eine schöne und interessante Erfahrung, die uns sehr zusammengeschweißt hat. So wie wir damals die Chance erhalten haben, unsere Ideen mit dem Global View zu verwirklichen, wollen wir diese Gelegenheit nun einem anderen, jungen Team geben. Daher wollen wir uns bei Ihnen, als treue Leser, verabschieden und wünschen Ihnen informative Unterhaltung mit dieser Ausgabe des Global View!

Foto: Eva Fischer - Ankern

Redaktionsteam

a | Andreas Fischer - Ankern
b | Stefanie Panzenböck
c | Stefan G. Kubina
d | Mag. Marianne Oberreiter
e | Franz Josef Gangelmayer

Autoren

DANIEL FUCHS studiert Politikwissenschaft und Sinologie an der Universität Wien und ist Generalsekretär des Debattierclubs des Akademischen Forum für Außenpolitik (AFA).

Mag. **SILVIA GANGELMAYER** studierte Publizistik- und Kommunikationswissenschaft mit der Fächerkombination Pädagogik und Philosophie an der Universität Wien und ist als Kindergartenpädagogin des Landes Niederösterreich tätig.

Dr. **ULRIKE QUERCIA HAIDER** schloss ein Doktorat der Rechtswissenschaften (Verwaltungsrecht) an der Universität Wien ab und ist derzeit an der Universität G. Marconi tätig ist. Sie absolviert derzeit ein Doktorat in Politikwissenschaften an der Universität Catania. Ihre Rechercheschwerpunkte sind das Recht der Minderheiten und die Demokratisierung in den arabischen Ländern.

GEORG-SEBASTIAN HOLZER ist Student am Institut für Politikwissenschaft der Universität Wien und zurzeit Praktikant an der Österreichischen Botschaft in Washington, DC.

ZLATA KOVACEVIC studiert Publizistik- und Kommunikationswissenschaften sowie Anglistik und Politik an der Universität Wien.

MATTHIAS PÁZMÁNDY arbeitete 2004/05 14 Monate als Auslandsdiener in einem Umweltprojekt in der tibetischen Exilgemeinschaft in Nordindien. Derzeit studiert er Rechts- und Wirtschaftssoziologie an der Universität Wien.

Mag. **SVEN PUSSWALD** studied political science at Vienna University and Sciences Po Lyon. He lived and worked in Paris and New York City. He is currently involved in cultural projects as account assistant for the Echo Medienhaus in Vienna.

Mag. **GERHARD THALLINGER** studierte Rechtswissenschaften an den Universitäten Wien und Leiden und ist seit 2003 wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Öffentliches Recht der Wirtschaftsuniversität Wien sowie Co-Organisator des Vienna Workshop on International Constitutional Law.

STEPHAN J. WABL studied European Affairs at Sciences Po Paris (MA) and International Relations at the London School of Economics (MSc). He currently works as a journalist in Vienna and Budapest.

EMILY WALTON besucht die Wiener Fachhochschule für Journalismus mit Spezialgebiet Medienmanagement. Nebenbei arbeitet sie als freie Mitarbeiterin in der Nachrichtenredaktion bei ATV Plus und der Tageszeitung KURIER.

Inhalt

Foto: MOMA NY

Foto: Österreichisches Bundesheer

Foto: Paul Jeffrey/ACT International

06 **Cover**

06 Stefanie Panzenböck — Gedanken
07 Georg-Sebastian Holzer — Staatsbildung zw. Theorie und Praxis
08 Zlata Kovacevic — Bosnien und Herzegowina
10 Matthias Pázmándy — Democracy Building in Tibetan Exile

12 **UNO**

12 Dr. Axel Wüstenhagen — UNO-Aktuell

16 **International**

16 Dr. Ulrike Quercia Haider — Europa - ein Mosaik an Sprachen
21 Emily Walton — Invitation to debate
22 Mag. (FH) Klaudia Feurle — Entwicklung der Diplomatie

24 **Education**

24 Mag. Bernhard Marckhgott — European Forum Alpbach
25 Mag. Gerhard Thallinger — Transitional Constitutionalism
26 Stephan J. Wabl, MA — The Open Legacy
28 Mag. Sven Pusswald — Jung, aufstrebend und jede Menge Geld?

29 **Culture**

29 Mag. Marianne Oberreiter — On the Couch
30 Mag. Sven Pusswald — Frühlingserwachen
32 Mag. Silvia Gangelmayer — Ausstrahlen statt Vereinnahmen

33 **LIGA - AFA**

33 Andreas Fischer-Ankern — People
34 Daniel Fuchs — Zungenfertige Redner

35 **Cartoon**

35 Josef C. Ladenhauf — State Under Construction

Impressum **Herausgeber:** Österreichische Liga für die Vereinten Nationen und Akademisches Forum für Außenpolitik ■ **Eigentümer und Verleger:** Akademisches Forum für Außenpolitik - Österreich, Hochschulliga für die Vereinten Nationen (AFA) ■ **Büro:** A - 1010 Wien, Johannesgasse 2/2/32 | Tel./Fax: +43 /1/ 512 85 21 | http://www.globalview.at | globalview@afa.at ■ **Chefredakteur:** Franz Josef Gangelmayer ■ **Redaktion:** Andreas Fischer - Ankern, Stefan G. Kubina, Mag. Marianne Oberreiter, Stefanie Panzenböck ■ **Layout:** Franz Josef Gangelmayer ■ **Druck:** Friedrich VDV, Linz ■ **Lektorat:** Lena Kames ■ Nicht gekennzeichnete Bilder: Redaktion oder Autor; Titelbild: Paul Jeffrey/ACT International

Offenlegung der Blattlinie gem. § 25 Abs. 4 Mediengesetz **Herausgeber:** Österreichische Liga für die Vereinten Nationen und Akademisches Forum für Außenpolitik ■ **Eigentümer und Verleger** Akademisches Forum für Außenpolitik, Hochschulliga für die Vereinten Nationen (AFA) ■ **Sitz:** Johannesgasse 2/2/32, A-1010 Wien ■ **Unternehmer:** unabhängiger, eingetragener Verein / Vorstand vertreten durch Michael F. Pfeifer (Präsident) ■ Das GLOBAL VIEW ist das unabhängige und überparteiliche Magazin der Österreichischen Liga für die Vereinten Nationen und des Akademischen Forums für Außenpolitik und versteht sich als Informations- und Diskussionsplattform zu außen- und weltpolitischen Themen. Der Inhalt stellt die Meinung der jeweiligen Autoren dar. ■ Auch wenn im Text aus Gründen der besseren Lesbarkeit weibliche Formen nicht explizit ausgeschrieben werden, beziehen sich alle personenbezogenen Formulierungen auf weibliche, wie männliche Personen.

Foto: Paul Jeffrey/ACT International

gedanken von stefanie panzenböck

die Staatenbauer und Nationenbauer
die Demokratieherbringer und Wirtschaftsliberalisierer
die Pressebefreier und Meinungsmacher
wie die Religionsbegleicher und Vergangenheitsbewältiger
die Friedensliebhaber und Kriegsvertreiber und die Richtungsweiser und Gesetzdiktierer
ziehen Grenzen in die Zukunft
der Gescheiterten der Gefallenen der Verschwundenen und der Verdrängten
und der Ungeliebten und Bitterbösen der Unfähigen und Unwilligen
der Sprachlosen der Stummgemachten und der Bevormundeten

das Andere, das Verborgene, das Neue und zu Erforschende, das Grausame,
das Unzivilisierte, das Unaufgeklärte
das Leben neben ihrer glorreichen Geschichte
gibt es nicht als Baumeister der Welt
als Retter des Universums und Liebhaber der Wahrheit
stellen sie
Stein auf Stein
rühren
Zement um Zement
und sie bauen so hoch wie ihre Vergangenheit groß war und
so tief wie ihre Zukunft fallen wird
auf den Grundstücken der unbekannten Gedanken der gedemütigten Anderen
die lechzen sollen nach dem großen Vorbild des Westens

Staatsbildung zwischen Theorie und Praxis

Der wissenschaftliche Diskurs über erfolgreiches State-Building gewinnt durch seinen Einfluss auf die Durchführung von Interventionen politische Brisanz. Ein Seminar von Vedran Dzihic am Institut für Politikwissenschaft der Uni Wien befasste sich u.a. mit diesen Zusammenhängen. **Text** Georg-Sebastian Holzer

Kosovo, Bosnien, Afghanistan: In all diesen Ländern spielen externe Akteure in einer Post-Konflikt-Situation auf unterschiedliche Art und Weise eine entscheidende Rolle in Staat und Verwaltung. Seit Mitte der 1990er Jahre sind State-Building Prozesse und die damit einhergehenden Interventionen von Außen, Teil der internationalen Realität. Es liegt beinahe in der Natur der Sache, dass bei solchen Interventionen vor allem die eigenen Nations- und Machtvorstellungen der Intervenierenden - in diesem Fall der westlichen Staaten - durchgesetzt werden. Damit erhält eine solche Intervention unweigerlich auch einen imperialen Charakter, wie Michael Ignatieff im Titel seines Buches "Empire Light - Nation Building in Bosnia, Kosovo and Afghanistan" pointiert formuliert.

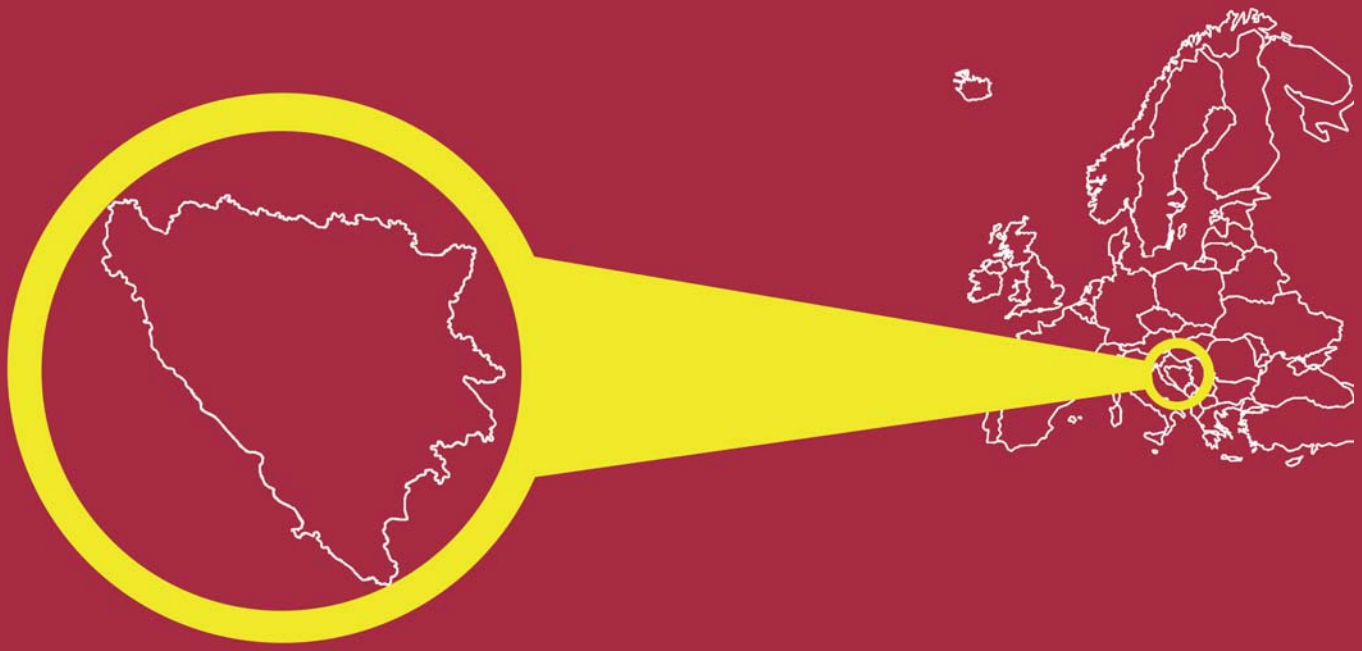
Gleichzeitig sind solche Unternehmungen eng mit den internationalen Diskursen, auch der Scientific Community, verknüpft. Dies zeigt sich anschaulich an den Diskursen zur Zulässigkeit von "Humanitären Interventionen". Die Respektierung der Souveränität anderer Staaten ist ein verbrieftes Recht in der UN Charta, wird jedoch zunehmend durch die "responsibility to protect" aufgeweicht, wodurch es zu einer Neudefinition von staatlicher Souveränität kommt. Die Bilanz der vergangenen 15 Jahre von humanitären Interventionen ist jedoch enttäuschend. Oft war und ist dabei ein hohes Maß an Improvisation, Inkonsistenz und mangelnder Vorbereitung zu beobachten, das nicht zuletzt zu einem Scheitern der Anstrengungen führt, wie man aktuell im Irak beobachten kann. Dies ist wohl auch dadurch zu erklären, dass externes State-Building oftmals die Folge - oder auch das Instrument - eines anderen Interventionszweckes ist und selten selbst das Ziel einer Intervention.

Welche Rolle kann oder soll nun die Wissenschaft in diesem komplexen Politikfeld einnehmen? Bis dato geben vor allem Autoren die Diskurslinie vor, die eine klassische, staatszentrierte Auffassung von Staatlichkeit haben (vgl. Fukuyama, Schneckener, Münckler). Dabei wird State-Building zuvorderst auf formaler Ebene "von oben" betrachtet und dementsprechend werden von diesen Autoren lange Listen von Staatsfunktionen erstellt, deren Funktionieren zu einem erfolgreichen State-Building führen sollen. Diese Betrachtungsweise ermöglicht zwar einen Rahmen, der für das Verständnis sicherlich von Nöten ist. Aussagekraft für konkrete Problemstellungen in einem Land wie beispielsweise Afghanistan, bietet diese Betrachtungsweise jedoch nur beschränkt.

Demgegenüber stehen wissenschaftliche Herangehensweisen, die Staatsbildung "von unten" betrachten und die spezifische Realität eines Landes und dessen Gesellschaft einer "dichten Betrachtung" unterziehen, sich also die komplexe Realität vor Ort ansehen. Aus anthropologischer Sicht abgeleitete Erkenntnisse haben mehr Aussagekraft als die Betrachtungen "von oben". Staatlichkeit wird hier als kein statisches Ziel, sondern mehr als komplexes Produkt gesehen, das von Staat und Gesellschaft immer wieder auf's Neue hergestellt werden muss. Nun könnte man vielleicht meinen, dies sei ausschließlich ein wissenschaftsinterner Streit über die verschiedenen Zugänge zur Erkenntnis, den man in der Scientific Communitiy klären müsste. Auf Grund der brisanten politischen Implikationen wäre es jedoch eher angebracht, dass diese Fragen von einem breiteren Publikum wahrgenommen werden. Es macht nämlich einen entscheidenden Unterschied, mit welchem Konzept von Staatsbildung eine Intervention stattfindet, in welche Projekte Milliarden von Dollar für den Staatsaufbau investiert werden.

Es geht also darum, welche Betrachtungsweise man einnimmt um daraus Erkenntnisse abzuleiten, die selbst wiederum Einfluss auf die politische Konzeptualisierung und Umsetzung von Interventionen haben. Weiters kann man in diesem Zusammenhang auch fragen, welche Rolle die Wissenschaft allgemein gegenüber der Praxis einnehmen sollte.

Außer Frage steht jedoch der Einfluss und der damit einhergehenden Brisanz der wissenschaftlichen Erkenntnisse, gerade in einem so praxisnahen Bereich wie dem State-Building. Sowohl Wissenschafter als auch die International Community sollte sich dessen bewusst sein. <<



Bosnien und Herzegowina Eine Betrachtung

In Bosnien und Herzegowina herrscht nach dem Ende des Krieges 1995 zwar offiziell Frieden doch das Land scheint noch weit von Stabilität und Wohlstand entfernt zu sein. **Text** Zlata Kovacevic und Stefanie Panzenböck

The war in Bosnia and Hercegovina ended in the year 1995. Nevertheless the state´s leaders together with the International Community are not able to reach a certain level of stabiliy and prosperity for the people after ten years of work. One of the major problems seems to be the lack of an open discussion in public life for all members of the bosnian society about the war and its consequences.

Der Hauptplatz in Tuzla, einer Stadt im Osten Bosniens, ist voll mit Menschen. Die Sonne scheint, die Straßen leben auf, es riecht nach Kaffee und Cevapcici - und nichts deutet auf die 70 Jugendlichen hin, die an demselben Ort vor 12 Jahren durch eine Granate ums Leben gekommen sind. Nur das weiße Denkmal trägt diese Inschrift als Erinnerung an das Schreckliche und nicht Vergessene. Seit 1995 herrscht in Bosnien und Herzegowina offiziell Frieden.

Hier lebt man nicht nur um zu leben.
Hier lebt man nicht nur um zu sterben.
Hier stirbt man auch um zu leben.

Der Vertrag von Dayton wurde nach langer Verhandlung und vielen gescheiterten Interventionen der Internationalen Gemeinschaft ratifiziert. Als Folge davon wurde das Land in zwei Entitäten geteilt: In die Republika Srpska, in der mehrheitlich die serbische Bevölkerung lebt und in die Föderation, in der vor allem Muslime und Kroaten wohnen. Die Kontrolle über das Land hat der Hohe Repräsentant der Internationalen Gemeinschaft.

Im Moment ist dies der deutsche Balkanexperte Christian Schwarz-Schilling. Vor ihm haben unter anderem der Österreicher Wolfgang Petritsch und der Brite Paddy Ashdown ihr Glück versucht: Sie alle bewachten das politische Geschehen in Bosnien und hatten uneingeschränkte Rechte und Machtbefugnisse, um unliebsame Politiker zu entlassen und Gesetze zu erzwingen.

Es scheint, dass ein neuer bosnischer Staat, der auf demokratischen und rechtsstaatlichen Prinzipien aufgebaut werden soll, durch diktatorische Mittel erzwungen wird. Die Beliebtheit der Repräsentanten unter den Bosniern ist nicht sehr groß, vor allem Ashdown musste sich mit einem britischen Kolonialherren vergleichen lassen, der sich keinerlei politischer oder rechtlicher Kontrolle unterzog. Schwarz-Schilling verspricht, es anders zu machen. Ob die Leute mit ihm zufriedener sein werden ist fraglich, aber vielleicht hoffen sie, dass er der letzte sein wird. Einen guten Ruf und Vorsätze besitzt er zumindest.

Diese Entschlüsse sollte er so bald wie möglich umsetzen, denn die Warteschlangen vor den europäischen Botschaften in Sarajevo werden immer länger. Viele Bosnier versuchen ihr Land zu verlassen und suchen die vermeintlich bessere Zukunft im „Westen". Das lässt darauf hindeuten, dass die Versuche des State- und Nationbuildings scheitern. Den ökonomischen Fortschritt kann man der Bevölkerung nicht beweisen, auch wenn noch so viele glänzend blaue Wolkenkratzer in Sarajevo in die Höhe schießen.

Dennoch (über)lebt man in Bosnien und versucht, die Folgen des zerstörerischen Krieges zu überwinden. Doch die Aussichten auf einen festen Job sind schlecht, das Einkommen unregelmäßig und die Pensionen zu niedrig. Korruption, der Schwarzmarkt und Beziehungen zu hochrangigen Personen scheinen der einzige Ausweg zu sein. Bosnien ist aber nicht nur von wirtschaftlichen Problemen gekennzeichnet. Die politische und moralische Aufarbeitung der vergangenen Gräueltaten wird von den, nach wie vor gewählten, nationalistischen Parteien blockiert. Die Menschen scheinen unter sich zu bleiben. Kann nur der andere schuld sein am schlechten Leben und an den schrecklichen Erinnerungen?

Nation- und Statebuilder bauen in Bosnien an der Zukunft: an der freien Marktwirtschaft, der Demokratie, der offenen Gesellschaft, an der Annäherung an die Europäische Union und an der Auslieferung der Kriegsverbrecher. Für Bosnien. Über Bosnien hinweg. Das Böse muss weg und vielleicht sind einige Bosnier erfreut über die kompromisslosen Entscheidungen der Internationals. Vielleicht wollen andere die Vergangenheit aber nicht nur in eine andere Ecke stellen, sondern hoffen, eine Plattform zu bekommen, die eine Diskussion in der Öffentlichkeit mit allen Parteien, Nichtregierungsorganisationen und Bevölkerungsgruppen zulässt. Nation- und Statebuilder können Moderatoren sein und den wichtigsten ihrer Bausteine hervorholen: Die menschliche Kommunikation.

Die letzten Jahre haben gezeigt, dass so gut wie alle Versuche, um aus Bosnien einen florierenden und demokratischen Staat zu machen, gescheitert sind. Aber die letzten Jahre haben auch gezeigt, dass vor allem das ethnische Prinzip viele Stolpersteine in den Weg gelegt hat. Eine logische Schlussfolgerung aus den zahlreichen Bemühungen ist die Auseinandersetzung mit den einzelnen Bevölkerungsgruppen in Bosnien. Ein Hervorheben der Unterschiede der drei verschiedenen ethnischen Gruppen hindert den Aufbau, daher sollte viel mehr Wert auf die Gemeinsamkeiten gelegt werden. Immerhin haben alle diese Völker mehr Ähnlichkeiten, als es den Anschein hat und als sie es selbst zugeben würden. Um diesen Prozess zu fördern ist die zwischenmenschliche Kommunikation unentbehrlich. Wenn Moslems, Serben und Kroaten in Bosnien nicht miteinander offen diskutieren und die Vergangenheit des schrecklichen Krieges aufarbeiten, kann davon ausgegangen werden, dass Bosnien weiterhin ein „gefallener Staat" bleiben wird. Die Plattform für diese Kommunikation sollte von Nation- und Statebuildern geschaffen werden, da die einheimischen Parteien wenig Interesse an jeglicher objektiver Rekonstruktion des Krieges zeigen. Solange das Bild des Krieges in Bosnien drei in sich geschlossene Gesichter hat, wird der Staatsaufbau weiterhin ein Glücksspiel bleiben. Armut, Unzufriedenheit und unerfüllte Hoffnungen werden somit auch künftig das Alltagsbild von Bosnien prägen.

In den Kaffeehäusern und den Straßen von Sarajevo ist von dieser trüben Stimmung keine Spur zu finden. Die Cafés sind voll mit Musik, Lachen, Geschrei - mit Leben. Hier vergeht die Zeit langsam. Drinnen wird den Alltagsproblemen freien Lauf gelassen und heftig diskutiert, geschimpft und gelacht. Die Süße des Kaffees lenkt von den bitteren Lebensumständen ab. Das Sterben für das Leben hat hier ein Ende. <<

Democracy Building in Tibetan Exile

Photo: Prof. Sung, Lawrence University

About the creation of democratic structures in the Tibetan political system in exile **Text** Matthias Pázmándy

Nach der Flucht in das indische Exil setzten die Tibeter unter der Führung des Dalai Lama die Reform ihres politischen Systems fort und schufen im Exil eine Demokratie. Der Übergang von einer Theokratie in ein funktionierendes demokratisches System war von der ungewöhnlichen Tatsache geprägt, dass die treibende Kraft hinter den Veränderungen der Dalai Lama selbst war, der die meisten Privilegien abgeben musste. Das tibetische Modell steht für die gelungene Kombination eines gewaltfreien Freiheitskampfes und dem Aufbau demokratischer Strukturen.

Since more than forty years one of the most interesting and astonishing democracy projects, although little noticed by the international media, has been happening in Tibetan exile in Northern India. In 1959 after the Chinese occupation, those Tibetans who fled Tibet started to reform their old political system of theocracy and successfully changed it into a modern democratically political system. Maybe the most remarkable role was the one Tenzin Gyatso, the Fourteenth Dalai Lama played in this transition. He realized the advantages of democracy and started to introduce reforms, which meant that he continuously gave away his power and reduced his own privileges: " ... in my exile, I have been carrying out those reforms to their logical conclusion, with the help of experts on constitutional law, by drafting a new liberal and democratic constitution for Tibet … " The ideas for democratic changes had already arisen earlier in the mind of the Dalai Lama. Continuing the modern reforms of his predecessor, the Thirteenth Dalai Lama, he started a reforming commission as one of his first acts in office in 1950. But before the changes could take place the Chinese People's Liberations Army invaded Tibet. In autumn of 1951 they reached the capital Lhasa, installed Chinese generals as temporary rulers and put an end to the reform policy of the Dalai Lama. It is a historical tragedy that the invasion came just at the moment when a change was about to happen in the country. One could call it irony that these changes were blocked by a power that came under the pretext of social change.

After years of negotiations with the Chinese the situation deteriorated and in 1959 the Dalai Lama feared kidnapping and therefore fled to India. With the memory of colonial rule in India still fresh in mind, the then Prime Minister Jawaharlal Nehru, happily gave the Dalai Lama and

some 80.000 refugees asylum. Shortly after their arrival, the Dalai Lama started to promote democratic changes and motivated his compatriots to elect a parliament. The first Assembly of the Tibetan People's Deputies was elected in 1960.

Since then the legislative body has consisted mainly of three proportional groups of members from the provinces of Tibet. Today the assembly consists of 46 members. U-Tsang, Kham and Amdo, the three traditional provinces of Tibet, elect ten members each, while the four schools of Tibetan Buddhism and the traditional Bon faith elect two members each. Three deputies are elected by Tibetans in the west: two from Europe and one from North America. Additionally, the Dalai Lama nominates three outstanding members of the Tibetan society to the Assembly. The proportionate representation in terms of religion and geographic origin reflect Tibetans' strong identification with their religion and the importance they accord to regional balance. The Assembly has broad legislative and budgetary powers. It communicates with its constituents through Local Assemblies in over 50 Tibetan settlements, disbursed throughout India and Nepal. In 1963 a first draft constitution was written in exile, which acted as a guideline for politics in exile. From then on political culture and consciousness has been growing in exile. A judiciary system developed and the executive body of the newly founded Central Tibetan Administration was formed so that the political system consisted of the classical separation of judiciary, legislative and executive. Still, the Dalai Lama had the authority to announce the members of the Kashag, the executive body.

The people where not really ready to fully accept and adopt their new political freedom although the Dalai Lama still had the authority to announce the members of the Kashag, the executive body, and some other rights. The Dalai Lama is the ultimate authority for the Tibetans based on their religious belief. He represents the impersonation of Avalokitesvara, the Buddha of compassion and the patron deity of Tibet. Tibetans have utmost faith in his guidance and did not want to see his role lessened. Therefore the peculiar situation occurred that "many Tibetans in exile perceive democracy as a `gift´ bestowed by the Dalai Lama on his subjects". In public speeches he regularly scolds the Tibetans for not fully committing to democracy.

However, a young, modern educated generation is promoting the idea of democracy among the members of the exile community. As the flagship of these developments the Tibetan Center for Human Rights and Democracy evolved. The centre organizes workshops with international NGOs to educate the exile community in democracy. But even among this new generation the Dalai Lama is considered as the moral authority of the society.

In 1990, the Dalai Lama announced that he was renouncing the ultimate authority of his position to approve the members of the Assembly and to supervise its functions. "From now on," he declared, "the people's decision will be final. I feel that the Dalai Lama should have no role here. The future assembly will be entrusted with the power of appointing the Kalons (ministers)." Furthermore he promoted more women's participation and a enlargement of the Assembly. Since 2001 the Prime Minister, the Kalon Tripa is elected in a direct vote.

The Central Tibetan Administration's tasks are "promoting education among the exile population, building a firm culture of democracy, and paving the way for self-reliance". The other big task is the negotiations with the Chinese leaders and international lobbying for a solution for the Tibetan cause. The current policy is guided by the Five Points Peace Plan the Dalai Lama represented the first time at the U.S. Congressional Human Right's Caucus 1987 and repeated it in Strasbourg at the European Parliament. Its core is the so called middle-way approach whereby Tibet remains within the People's Republic of China enjoying a high degree of self-rule or autonomy.

Continuous visits by parliamentarian support groups from North America, Europe and Australia underline the moral support and acknowledgement which the project is given. In 1991 the USA even stated in the Foreign Relations Authorisation Act that "Tibet's true representatives are the Dalai Lama and the Tibetan Government in exile as recognised by the Tibetan people". More official support has not been provided so far, since no country wants to put the rising power China in a bad mood.

The fascination of the development of the Tibetan democracy is best described with the words of Eva Herzer of the Tibet Justice Center based in Berkeley, California at the Congressional Human Rights Caucus Briefing on Tibet in Washington DC in 2001: "The Tibetan government-in-exile is a unique model of how a freedom movement and the development of a participatory democracy can go hand in hand. Combined with the Tibetans' commitment to a path of non-violence, their freedom struggle could clearly be a model for peoples around the world for how to achieve self-governance in conformity with internationally accepted norms." <<

UNO AKTUELL

Jänner - Februar 2006

von Dr. Axel Wüstenhagen

UNO

UNO-GV begeht 60. Geburtstag

Am 10. Jänner gedachte die Generalversammlung der UN ihrer ersten Sitzung vor 60 Jahren in London. Generalversammlungspräsident Jan Eliasson würdigte die Errungenschaften der Versammlung, die von der Allgemeine Erklärung der Menschenrechte 1948 bis zu den Millenniums-Entwicklungszielen 2000 reichten. Die Förderung von Entwicklung, Demokratie und Menschenrechten, der Schutz der Umwelt und die Aufrechterhaltung von Frieden und Sicherheit zählten dabei zu ihren vornehmsten Aufgaben. Heute stehe die Versammlung vor alten und neuen Gefahren und Herausforderungen, wie Terrorismus, Beseitigung der Armut, Krankheiten, Menschenrechte, humanitäre Hilfe, Nichtweiterverbreitung und Abrüstung. Eines aber sei gleich geblieben, betonte Eliasson: Die Generalversammlung sei noch immer das einzige universale, zwischenstaatliche Gremium. Erst im vergangenen Dezember hätten die Staats- und Regierungschefs aus aller Welt die zentrale Rolle der Versammlung als wichtigstes Beratungs-, Beschlussfassungs- und Repräsentationsorgan der UN bekräftigt.

Kompromissvorschlag für neues UNO-Menschenrechtsgremium

Mit einem wichtigen Schritt zur wesentlichen Verbesserung des Menschenrechtsschutzes in aller Welt hat Generalversammlungspräsident Jan Eliasson am 22. Februar das Konzept für einen neuen Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen vorgelegt. Der Rat wird einen höheren Rang im System der Vereinten Nationen einnehmen und für seine Tätigkeit stärker zur Rechenschaft gezogen werden können, als die viel kritisierte derzeitige UNO-Menschenrechtskommission. Während positive Errungenschaften der Kommission durchaus beibehalten werden sollen, geht der Menschenrechtsrat aber auch gänzlich neue Wege. So können die von der Generalversammlung gewählten Mitglieder des neuen Rates von ihrer Funktion suspendiert werden, falls sie sich selbst schwere Menschenrechtsverletzungen zu Schulden kommen lassen. Während die Menschenrechtskommission nur einmal im Jahr zu einer sechswöchigen Tagung zusammentritt, wird der Rat in Permanenz tagen und regelmäßig alle Staaten mit Blick auf ihre Menschenrechtsstandards und deren Einhaltung prüfen. Mit einem einleitenden Absatz über die Notwendigkeit des Dialoges und der Verständigung zwischen den Zivilisationen, Kulturen und Religionen nimmt der jetzt vorliegende Text auch Bezug auf die aktuellen Gewaltausbrüche im Zusammenhang mit den Karikaturen des Propheten Mohammed.

Generalsekretär Kofi Annan, der die Bildung eines Menschenrechtsrates in seinem Grundsatzdokument für den Weltgipfel 2005 vorgeschlagen hatte, wies darauf hin, dass der neue Rat jederzeit in der Lage sein werde, die Alarmglocken zu läuten und akute Menschenrechtsverletzungen aufzugreifen. Wichtige Errungenschaften der Kommission, wie die Einsetzung unabhängiger Berichterstatter zu einzelnen Menschenrechtsfragen oder die Einbindung der nichtstaatlichen Organisationen würden beibehalten. Annan rief die Mitgliedstaaten dringend auf, die Vorlage anzunehmen. Dies könne aber nur der erste Schritt in einem längeren Prozess des Wandels und der Erneuerung sein, denn die Wirksamkeit des neuen Rates werde nicht von technischen Verbesserungen abhängen, sondern von dem aufrichtigen Willen der Mitgliedstaaten, die Dinge besser zu machen, betonte der Generalsekretär.

UMWELT

Internationales Jahr der Wüsten und der Wüstenbildung

Mit dem Internationalen Jahr der Wüsten und der Wüstenbildung 2006 wollen die UN auf das Vordringen der Wüstengebiete, auf die notwenige Erhaltung der Artenvielfalt in den Trockengebieten, die sich über ein Drittel der Erdoberfläche erstrecken, und auf den Schutz von Wissen und Traditionen der 2 Milliarden Menschen, die von diesem Phänomen betroffen sind, aufmerksam machen. Federführend für dieses Jahr ist das Sekretariat der UN-Konvention zur Bekämpfung der Wüstenbildung (UNCCD) mit Sitz in Bonn. Dürren und Wüstenbildung verursachen Verluste in der landwirtschaftlichen Produktion von jährlich mehr als 40 Milliarden US-Dollar, beeinträchtigen die Ernährungssicherheit, verursachen Hungersnöte und Armut und führen zu sozialen, wirtschaftlichen und politischen Spannungen, die Konflikte hervorrufen und zur Verarmung und Bodenerosion beitragen können, erklärte UNCCD-Exekutivsekr. Hama Arba Diallo.

KONFLIKTE

Demonstrationen in Côte d'Ivoire

Mitte Jänner kam es in Abidjan vor den Büros der Vereinten Nationen zu gewaltsamen Ausschreitungen. Hunderte Mitarbeiter der Vereinten Nationen wurden nach Gambia und in den Senegal evakuiert, nachdem Einrichtungen humanitärer Hilfsorganisationen und der UNO-Friedenstruppen in mehreren Teilen des Landes belagert, geplündert und in Brand gesteckt wurden. Verantwortlich für die Ausschreitungen war die Jugendorganisation der "Jungen Patrioten", die Präsident Laurent Gbagbo unterstützt.

Am 24. Jänner verlängerte der Sicherheitsrat das Einsatzmandat der Friedenssicherungsoperation der Vereinten Nationen (UNOCI) bis 15. Dezember. Generalsekretär Annan hatte eine Aufstockung der mehr als 7.000 Mann starken Truppe um weitere 3.000 Mann empfohlen, um die Entwaffnung und Demobilisierung der Kombattanten und die für Oktober geplanten Wahlen zu unterstützen. UNOCI war im Mai 2003 eingesetzt worden, um den Bürgerkriegsparteien des Landes bei der Umsetzung eines im Jänner 2003 unterzeichneten Friedensabkommens zu helfen. Während der Süden des Landes von der Regierung Gbagbos kontrolliert wird, ist der Norden noch immer fest in den Händen der Rebellen, seit ein Staatsstreich gegen Gbagbo im September 2002 fehlgeschlagen war. Nach neuerlichen Unruhen erinnerte Generalsekretär Annan die Regierung des Landes an ihre Verpflichtung zum Schutz des UNO-Personals. Gleichzeitig warnte er die Regierung, dass die UNO-Truppe, nötigenfalls mit Hilfe der französischen Licorne-Einheiten, alle erforderlichen Maßnahmen ergreifen werde, um UNO-Personal und Sachwerte, sowie unmittelbar gefährdete Bevölkerungsgruppen in ihrem Einsatzgebiet zu schützen. Gewalttaten würden von der internationalen Staatengemeinschaft nicht toleriert. Gegen drei Anführer der Anschläge gegen Einrichtungen der Vereinten Nationen verhängte der Sicherheitsrat am 7. Februar Sanktionen und ein 12-monatiges Reiseverbot.

UNO-Truppe nach Darfur

Kofi Annan forderte den Sicherheitsrat am 25. Jänner auf, sich mit Nachdruck für die Entsendung einer Friedenssicherungstruppe zur Beendigung des menschlichen Leides in der Region Darfur im Sudan auszusprechen. Er räumte aber gleichzeitig ein, dass nur eine politische Vereinbarung zwischen den Rebellen und der Regierung langfristig Stabilität in der Region bringen und den zwei Millionen betroffenen Menschen ermöglichen könne, in ihre Heimatdörfer zurückzukehren. In einem persönlichen Kommentar in der Washington Post schrieb Annan, er sei bei seinem Besuch in Darfur im vergangenen Mai noch voller Hoffnungen gewesen, aber heute sei er sehr pessimistisch, wenn es nicht gelänge, in den nächsten Wochen entscheidende internationale Anstrengungen zu unternehmen. 2 Mio. Menschen hätten ihre Heimatdörfer verlassen müssen und 3 Mio. - die halbe Bevölkerung Darfurs - sei jetzt hinsichtlich ihrer Ernährung und anderer Grundbedürfnisse auf Hilfe angewiesen. Die Friedensgespräche seien weit von einem Abschluss entfernt und viele Teile der Region seien für die Helfer schon zu gefährlich geworden. Außerdem drohten die Kämpfe, in den benachbarten Tschad überzugreifen. Annan erinnerte daran, dass die UNO-Mitgliedstaaten im vergangenen Jahr einhellig die Verantwortung dafür übernommen hätten, "Bevölkerungen vor Völkermord, ethnischen Säuberungen, Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu schützen".

Spannungen zw. Äthiopien und Eritrea

Anfang Jänner 2006 hat sich die Lage zwischen Äthiopien und Eritrea gefährlich verschärft. In einem Bericht an den Sicherheitsrat hält Kofi Annan auch den Abzug der UNO-Mission (UNMEE) für möglich, die für die Aufrechterhaltung des Waffenstillstandes zwischen den beiden Ländern sorgen soll. Der Sicherheitsrat forderte die beiden Länder am 24. Februar auf, sich mit der Grenzkommission zusammenzusetzen und deren Entscheidungen zu befolgen. Der Rat verlangte von beiden Seiten, der UNO-Mission zu gestatten, ihren Aufgaben in Äthiopien und Eritrea ohne weitere Behinderungen nachzukommen. Äthiopien und Eritrea hatten zwischen 1998 und 2000 einen Grenzkrieg geführt.

Zentralafrikanische Republik

Die Sicherheitslage in der Zentralafrikanischen Republik, die im Wiederaufbau nach einem Bürgerkrieg begriffen ist, sei weiterhin labil und erfordere anhaltende internationale Unterstützung zur Festigung der Stabilität, betonte Generalsekretär Annan Anfang Jänner in einem Bericht an den Sicherheitsrat. Die Lage der Menschenrechte sei insgesamt zwar etwas besser, aber es gebe noch immer flagrante Menschenrechtsverletzungen. Annan hat das Mandat des UNO-Büros zur Unterstützung der Friedensbildung in der Zentralafrikanischen Republik erst im Vormonat auf Wunsch der Regierung bis Ende 2006 verlängert. Die Staatengemeinschaft müsse weiter in dem Land engagiert bleiben, betont Annan. Bewaffnete Banden seien für massive Vertreibungen von Bevölkerungsgruppen verantwortlich, die in den Tschad oder nach Kamerun fliehen. Auch die Krise in Dafur im benachbarten Sudan mache die Sicherheitslage nicht eben leichter.

DIPLOMATIE

Gemeinsame EU-Asylpolitik
In einer Rede vor dem Europäischen Parlament Mitte Februar begrüßte UNO-Hochkommissar für die Flüchtlinge, Antonio Guterres, zwar die Bemühungen Europas um eine gemeinsame Asylpolitik, warnte aber gleichzeitig davor, dass diese nicht zu einer Herabsetzung international geltender Asyl-Standards für Millionen Flüchtlinge führen dürfe. Guterres dankte für die Unterstützung der Europäischen Union für sein Hilfswerk beim Ausbau von Schutz- und Hilfseinrichtungen für Flüchtlinge in Drittländern. Dies dürfe aber nicht auf Kosten der eigenen Verantwortung Europas zur Asylgewährung gehen, sagte der frühere portugiesische Ministerpräsident, der in den frühen 80-er Jahren der Parlamentarischen Versammlung des Europarates angehört hatte. "Europa ist ein Asylkontinent und muss es bleiben."

Drogenbekämpfungschef in Kabul
Der Exekutivdirektor des Wiener UNO-Büros für Drogen- und Verbrechensbekämpfung, (UNODC), Antonio Maria Costa, traf Ende Jänner in Kabul mit dem afghanischen Präsidenten Hamid Karzai und anderen Regierungsstellen zusammen. Dabei wurden Trends und potenzielle Risiken des Drogenanbaus im laufenden Jahr und die Fortschritte im Strafrechtssystem erörtert. Vor allem aber ging es um die Umsetzung des Ende Jänner in London beschlossenen Paktes zwischen Afghanistan und der internationalen Gemeinschaft. Costa verwies in seinem Gespräch mit Präsident Karzai auf die positiven Auswirkungen einer energischen Drogenkontrollpolitik auf den Anbau von Drogenpflanzen, der im vergangenen Jahr um ein Fünftel zurückgegangen sei. Dieser Erfolg könne aber wieder verloren gehen, wenn die energischen Kontrollen nicht beibehalten würden, warnte Costa.

Liberianer kehren zurück
Nach Angaben der UNO-Mission in Liberia (UNMIL) werden bis Ende Februar mehr als 300.000 binnenvertriebene Liberianer wieder in ihre Dörfer zurückgekehrt sein. Nach fast 15 Jahren eines brutalen Bürgerkrieges konnte der westafrikanische Staat weitgehend stabilisiert werden. Verschiedene Hilfsorganisationen der Vereinten Nationen haben die Vertriebenen mit Lebensmittel, Bargeld und Schutz versorgt. In den kommenden Monaten sollen auch die letzten 14.000 Vertriebenen in ihre Heimatdörfer zurückkehren können.

IAEO informiert Sicherheitsrat über Iran
Am 4. Februar hat der Gouverneursrat der Internationalen Atomenergie-Organisation in Wien IAEO-Generaldirektor ElBaradei aufgefordert, den Sicherheitsrat über das Verhalten des Iran in der Frage der Uran-Anreicherung zu informieren. Die Sondersitzung war auf Antrag Frankreichs, Deutschlands und des Vereinigten Königreiches einberufen worden, nachdem Teheran die Prüfsiegel der IAEO in Anlagen zur Herstellung von angereichertem Uran aufgebrochen hatte. Iran vertritt die Ansicht, dass die Uran-Anreicherung für die friedliche Nutzung der Atomenergie notwendig und das Land dazu berechtigt sei. Die drei EU-Staaten, die seit langer Zeit Verhandlungen mit dem Iran in dieser Frage führen, sehen in dem Vorgehen eine Verletzung des Atomsperrvertrages und befürchten, dass das angereicherte Uran zur Herstellung von Nuklearwaffen verwendet werden könnte. Die Resolution des IAEO-Gouverneursrates sieht aber noch eine letzte Frist für Verhandlungen vor, denn der Sicherheitsrat soll nach Wunsch der Atombehörde erst nach Vorlage eines weiteren Berichtes von ElBaradei Anfang März tätig werden. Generalsekretär Annan forderte alle Seiten zur Mäßigung und zur Fortsetzung der Gespräche über die Streitfrage auf. Noch sei es Zeit, für weitere Verhandlungen.

Hilfe für palästinensische Regierung hängt von Einhaltung von Bedingungen ab
Die künftige Hilfe für die palästinensische Regierung werde von der Einhaltung einer Reihe von Bedingungen abhängen, darunter von der Anerkennung Israels und der Verpflichtung zur Einstellung der Gewalt, sagte Generalsekretär Kofi Annan am 30. Jänner in London nach einem Treffen des diplomatischen Quartetts (Vereinte Nationen, Europäische Union, Russische Föderation und Vereinigte Staaten). Das Quartett rief den neugewählten Palästinensischen Gesetzgebenden Rat auf, eine Regierung zu bilden, die sich zum Gewaltverzicht, zur Anerkennung Israels, zur Einhaltung aller bisher eingegangenen Verpflichtungen sowie zur Rechtsstaatlichkeit, zu Reformen und zu einer soliden Finanzpolitik bekenne. Die Palästinensische Behörde wurde aufgefordert, für Sicherheit und Ordnung zu sorgen, Terroranschläge zu verhindern und die Infrastruktur des Terrors zu zerschlagen. Am 26. Jänner hatte das diplomatische Nahost-Quartett dem palästinensischen Volk zur Abhaltung der freien Wahlen gratuliert, bekräftigte dabei aber den Standpunkt, dass bewaffnete Aktivitäten im krassen Widerspruch zum Aufbau eines demokratischen Staaten stünden. Eine Zwei-Staaten-Lösung erfordere, dass alle Teilnehmer am demokratischen Prozess auf Gewalt und Terror verzichten, Israels Existenzrecht akzeptierten und die Waffen niederlegten, wie in der Wegskizze zum Frieden vorgesehen.

Politische Fortschritte in der Demokratischen Republik Kongo

In einem Bericht an den Sicherheitsrat hat Generalsekretär Annan Anfang Jänner 2006 die politischen Fortschritte in der Demokratischen Republik Kongo begrüßt und dabei vor allem auf das im Großen und Ganzen ruhig verlaufende Verfassungsreferendum im Dezember 2005 verwiesen. Die Übergangsregierung habe auch begrüßenswerte Anstrengungen zur Entwaffnung ausländischer Truppen unternommen und sei dabei von der Friedenssicherungsmission der Vereinten Nationen (MONUC) unterstützt worden.
Der Armee fehlten jedoch die erforderlichen Mittel, um diese Entwaffnung vollständig durchzuführen. Neben der Regierung in Kinshasa haben auch Burundi, Ruanda und Uganda Besorgnis über die weitere Präsenz von Kämpfern aus Ruanda und Uganda auf dem kongolesischen Staatsgebiet geäußert und die UN um entsprechende Maßnahmen ersucht. Eine robuste Friedensmission zur gewaltsamen Durchsetzung der Entwaffnung müsse aber sehr sorgfältig überlegt werden und sei für ihn nur im Rahmen einer umfassenden Strategie möglich, erklärte Annan. Zunächst sollte die Übergangsregierung bei der Versorgung ihrer Truppen unterstützt werden. Der nationale Abrüstungs-, Demobilisierungs- und Wiedereingliederungsprozess stehe weiter vor Schwierigkeiten. Zahlungsverzögerungen bei der Auszahlung von Demobilisierungsprämien hätten zu schwerer Unzufriedenheit unter den ehemaligen Kämpfern geführt. Auch deren Wiedereingliederung in die Gesellschaft gehe nur sehr zögerlich voran, warnte Annan.

Menschenrechtsexperten fordern Schließung des Anhaltelager Guantanamo Bay

Fünf unabhängige Menschenrechtsexperten - darunter auch der Österreicher Manfred Nowak, UNO-Sonderberichterstatter über Fragen der Folter, die im Auftrag der UNO-Menschenrechtskommission die Lage im Anhaltelager Guantanamo Bay untersucht hatten, haben die Vereinigten Staaten Mitte Februar aufgefordert, das Lager zu schließen und die Häftlinge entweder vor Gericht zu stellen oder unverzüglich frei zu lassen. Verdächtige Terroristen sollen im Einklang mit den Bestimmungen des Völkerrechts inhaftiert werden, betonten die Experten. Mit größter Sorge wurden Versuche der USA festgestellt, den Begriff der Folter im Zuge des Kampfes gegen den Terrorismus neu zu definieren. Die vom Verteidigungsministerium gebilligten Verhörmethoden stellten eine (in der Konvention gegen Folter verbotene) menschliche Erniedrigung dar. Die Experten bedauerten, dass ihnen kein freier Zugang zu den Häftlingen in Guantanamo gewährt wurde.

Erste Gesprächsrunde der Kosovo-Parteien in Wien

Die erste Runde der direkten Verhandlungen zwischen Delegationen der albanischen Mehrheit in Kosovo und Serbiens über den künftigen Status der serbischen Provinz, die am 22. Februar in Wien zu Ende ging, hat erste Einigungen in Fragen der Dezentralisierung von Dienstleistungen erbracht. Das seien zwar keine weltbewegenden politischen Fragen, aber für die betroffenen Menschen sehr wichtig, betonte der stellvertretende Sonderbeauftragte des Generalsekretärs, Albert Rohan. Erörtert wurden Gemeindeangelegenheiten wie Gesundheitsfürsorge, Schulunterricht, kulturelle Fragen, soziale Wohlfahrt, Polizei und Justizwesen. Die Kernfragen des künftigen Status von Kosovo wurden bei den Wiener Verhandlungen noch nicht berührt. Während die albanische Seite auf volle Unabhängigkeit des zur Zeit noch von den Vereinten Nationen verwalteten Gebietes drängt, wird diese von Serbien kategorisch abgelehnt, die bestenfalls an einen Autonomiestatus denkt. Im Jänner hatte Generalsekretär Annan die Kosovaren aufgefordert, sich mehr um die Regierungsreform und andere wesentliche Fragen der Provinz zu kümmern. Die Fortschritte in diesen Fragen seien im vergangenen halben Jahr Besorgnis erregend langsam verlaufen. Die Parteien wollen am 17. März zu einer weiteren Verhandlungsrunde in Wien zusammentreffen.

Entwicklungspakt für Afghanistan

Der Sicherheitsrat hat am 15. Februar die Grundlage der künftigen Partnerschaft zwischen der Regierung Afghanistans und der internationalen Staatengemeinschaft gebilligt. Der 5-Jahres-Pakt sieht die nachhaltige Unterstützung Afghanistans bei der Konsolidierung demokratischer Einrichtungen, der Eindämmung der Unsicherheit, der Kontrolle des illegalen Drogenhandels, der Ankurbelung der Wirtschaft, der Rechtsdurchsetzung, dem Aufbau von Grundversorgungseinrichtungen für die afghanische Bevölkerung und dem Schutz der Menschenrechte vor. Der Pakt war am 31. Jänner auf einer Konferenz in London beschlossen worden. Seither wurden weitreichende Hilfsangebote und Beitragszusagen an den Nationalen Entwicklungsfonds Afghanistans in Höhe von 10,5 Milliarden US-Dollar abgegeben.
Tags darauf hat Generalsekretär Kofi Annan die jüngsten Anschläge in Kandahar auf Mitarbeiter der Vereinten Nationen verurteilt, bei denen zahlreiche Personen, darunter der Leiter eines kanadischen Wiederaufbauteams, ums Leben kamen.

UNO setzt Untersuchung fort

Generalsekretär Kofi Annan hat den ehemaligen belgischen Staatsanwalt Serge Brammertz mit der Fortsetzung der Untersuchung der Ermordung des libanesischen Ministerpräsidenten Rafik Hariri betraut, der im vergangenen Februar bei einem Bombenanschlag ums Leben gekommen war. Brammertz setzt die Arbeit des bisherigen Leiters der Unabhängigen Untersuchungskommission (UNIIIC), Detlev Mehlis (Deutschland), fort. Die Kommission hatte neue Beweise dafür gefunden, dass Syrien in die Ermordung des libanesischen Regierungschefs verwickelt sein könnte.
Am 23. Jänner forderte der Sicherheitsrat die libanesische Regierung auf, weitere Anstrengungen zu unternehmen, um ihr Staatsgebiet zu kontrollieren und verschiedene Milizverbände aufzulösen. Syrien wurde aufgerufen, bei diesen Bemühungen zusammenzuarbeiten und das weitere Eindringen bewaffneter Milizen in den Libanon zu unterbinden.

Europa - ein Mosaik an Sprachen

Sprache ist unmittelbar mit der Kultur verbunden. Aus diesem Grunde ist es auch verständlich, warum nun auch Minderheitensprachen für die Europäische Integration von besonderem Stellenwert sind. **Text** Dr. Ulrike Quercia Haider

Foto: Paul Jeffrey/ACT International

Seit den letzten beiden Jahrzehnten erwachen regionale und lokale Identitäten immer stärker, und das in einer Epoche, die gleichzeitig von Phänomenen wie europäischer Integration und Globalisierung gekennzeichnet ist. Minderheitensprachen und lokale Identitäten erlangen auch in rechtspolitischer Hinsicht neue Bedeutung. Man denke hier etwa an das im Jahre 1999 in Italien verabschiedete Rahmengesetz Nr. 492 zum Schutz historischer Minderheitensprachen. Dieses sieht für 12 Sprachen besondere Instrumente wie den Gebrauch der Minderheitensprache in der Schule und auf öffentlichen Ämtern etc. vor und ist zur Zeit in der ersten Phase der Umsetzung.

Auch in Österreich steht das Thema der Minderheitenrechte erneut im Zentrum des öffentlichen Interesses: ausgelöst durch das sog. Ortstafelerkenntnis des Verfassungsgerichtshofs vom Dezember 2001 und dem nachfolgenden Erkenntnis vom Dezember 2005 stellt sich nach 30 Jahren politischen Friedens neuerlich die Frage nach der politischen Stellung der slowenischen Minderheit in Kärnten im Hinblick auf zweisprachige Ortsbezeichnungen. In Spanien sorgt das neue Spezialstatut für die autonome Region Katalonien, in welchem die historischen Rechte der Region um Barcelona als Nation festgestellt werden, neuerdings für heftige politische Diskussionen. Dies sind nur einige wenige Beispiele für das neuerliche Erwachen der Forderung an kultureller und sprachlicher Anerkennung und bringen die Verschiedenartigkeiten und Vielartigkeiten der Kulturen Europas zu Bewusstsein. Eine Frage, die sich von neuem stellt, ist jene teleologischer Natur, welche bereits Otto Bauer am Anfang der ersten Republik ins Treffen führte: warum fordert eine Nation, eine Sprachgruppe, einen eigenen Staat? Warum gibt es kaum Lösungen für eine politische und administrative Organisation die verschiedenen Nationen in einem gemeinsamen Staat integrieren? Warum scheint es für die Angehörigen einer Nation so natürlich und berechtigt, sich in einer politischen Form zu organisieren, der ausschließlich die eigene Nation widerspiegelt?

Der Begriff der sprachlichen, kulturellen und nationalen Minderheiten ist ein junges Konzept, das erst im Zuge der Französischen Revolution entstand, in Folge derer sich die Idee des Nationalstaates in Übereinstimmung von Staat und Nation auf dem europäischen Kontinent verbreitete. Die ersten Formen eines völkerrechtlichen Schutzes für Minderheiten traten bereits ab dem 16. Jahrhundert in der Zeit der Religionskriege und der Reformation auf (vgl. etwa den Augsburger Religionsfrieden von 1555, das Edikt von Nantes von 1558 oder den Westfälischen Frieden von 1648). Von nationalen oder sprachlichen Minderheiten spricht man zum ersten Mal während des Wiener Kongresses von 1815, als die Polen, die Untertanen von Österreich, Russland und Preußen werden, als schützenswerte Minderheit anerkannt werden. Während des 19. Jahrhunderts ersetzte die Idee der Nation, verstanden als eine Gemeinschaft von Menschen, die eine gemeinsame Sprache, Kultur, Geschichte, Ethnie und/oder Religion verbindet, alle anderen Elemente als Grundlage für die Staatenbildung und wird mit dem Ziel der Volkssouveränität verbunden. Es setzte sich eine perfekte Übereinstimmung von Staat und Nation durch.

Dadurch trat das Problem von Personengruppen in Erscheinung, welche als Staatsbürger einem Staat angehören, ohne dabei jedoch dessen vorherrschende Nationalität zu teilen, sondern sich vielmehr durch andere ethnische, kulturelle, sprachliche und/oder religiöse Elemente charakterisieren. Das Konzept der Minderheiten ist daher eng mit dem Konzept der Nation verknüpft.

Im 19. Jahrhundert entstanden die ersten völkerrechtlichen Verträge und Verfassungsbestimmungen hinsichtlich des Rechtsschutzes von sprachlichen und kulturellen Minderheiten (z.B. Art.19 des Staatsgrundgesetzes über allgemeine Rechte der Staatsbürger in Österreich vom 21. Dezember 1867, art. 23 der Belgischen Verfassung vom 7. Februar 1831 und art. 116 der Schweizer Verfassung vom 29. Mai 1874). Der Höhepunkt der Thematik um den völkerrechtlichen Schutz von na-

Within the last two decades local and regional identities grew stronger and stronger and this in the time of globalisation and European integration. The concept of minorities and how to deal with them is strongly interrelated with the concept of modern states. Though the acquaintance with minorities changed through out history. The cultural diversity that is significant for the time being is once more in the centre of our attention. The process of European Integration is the attempt to overcome nationalism and to create a European Society. In a "United Europe" no group should see itself stronger no language more important. After all in a "United Europe" all languages are languages of minorities.

tionalen Minderheiten wird nach den beiden Weltkriegen erreicht. Während nach dem Ersten Weltkrieg der Völkerbund ein komplexes generalisierendes System an bilateralen Verpflichtungen verwirklichte, wurde nach dem Zweiten Weltkrieg das Problem der Minderheiten vielmehr als eine Form der Umsetzung der allgemeinen Menschenrechte angesehen. Es verbreitete sich die Ansicht, dass nach voller Anerkennung der allgemeinen Menschen- und Grundrechte, besondere Maßnahmen zum Schutz der Minderheiten erst gar nicht nötig seien. Mit der Stabilisierung der europäischen politischen Situation, durch welche eine Veränderung der bestehenden staatlichen Grenzen so gut wie unmöglich wurde, verbreitete sich in der politischen Theorie immer mehr das pluralistische Prinzip, auf Grundlage dessen die Koexistenz von verschiedenen (Sprach-) Gruppen innerhalb eines Staates möglich ist und nicht nur toleriert, sondern vielmehr gefördert werden soll. Einerseits hat dies zu immer ausgeprägteren Bemühungen um den Schutz von nationalen Minderheiten auf völkerrechtlicher Ebene beigetragen (allen voran das Werk der UNO und des Europarates); anderseits hat es den Staaten Anstoß gegeben, auch im innerstaatlichen Recht Schutzformen für Minderheiten zu verwirklichen.

Diese kurzen Ausführungen zur geschichtlichen Entwicklung des Umgangs mit Minderheiten zeigen, dass es sich hierbei um ein relatives und kein absolutes Konzept handelt, das nicht von abstakten Kriterien, sondern von konkreten historischen, politischen und sozialen Faktoren abhängt, die sich im Laufe der Zeit verändern können. Weiters ist es interessant darauf hinzuweisen, dass der Schutz von Minderheiten ursprünglich auf Verpflichtungen aus völkerrechtlichen Verträgen beruhte (oft nach Veränderung von Staatsgrenzen), wohingegen heutzutage der Schutz von Minderheiten von keinem demokratischen Staat mehr negiert wird: der Schutz der sprachlichen und kulturellen Identitäten von Minderheiten wird vielmehr aus dem Blickwinkel des kulturellen Pluralismus als Wert gelesen und nicht mehr als Gefahr für sezessionistische Tendenzen gesehen. Heute stellt sich vielmehr das umgekehrte Problem, nämlich die Frage nach der Grenze des Schutzes für Minderheiten. Die Wichtigkeit und Notwendigkeit des Schutzes nationaler Minderheiten ist allgemein anerkannt. Der Schutz der Minderheiten präsentiert sich gegenwärtig vielmehr als ein ständiger demokratischer Abwägungsprozess zwischen der rechtlichen Situation der Mehrheit und jener der Minderheit, als eine konstante Suche nach der Balance zwischen Gleichheit und Verschiedenheit, zwischen Individualrechtsschutz und dem Schutz von sprachlichen und kulturellen Besonderheiten von Minderheitengruppen. Diese kontinuierlichen Abwägungen, in welchen sowohl die Bedürfnisse der Minderheit als auch jene der Mehrheit zu Tragen kommen, bilden die Grundlage für ein friedliches Zusammenleben.

Das Problem der kulturellen Diversität, ist auch einer der Aspekte, die der Prozess der europäischen Integration mit sich bringt. In Europa gibt es über 250 autochtone Sprachen. Die Mehrzahl der europäischen Sprachen sind nicht Landes- sondern Minderheitensprachen. Dies ist letztlich die Charakteristik Europas: ein großer Schatz an verschiedenen Sprachen und Kulturen. Die Sprache ist eines der stärksten Identifikationselemente einer Gemeinschaft und hat eine grundlegende Dimension für den Menschen, für eine Gemeinschaft und für die Völker. Bereits W. Humboldt hat richtigerweise festgestellt, dass eine Sprache nicht nur ein Repertoire an Zeichen ist, sondern vielmehr eine wahre und eigene Weltauffassung. Karl Marx hat in seiner deutschen Ideologie geschrieben, dass die Sprache nicht nur Ausdruck des Bewusstseins ist sondern das Bewusstsein selbst. Die kulturellen Anthropologen kennen die Hypothese von Saphir und Whorf bestens. Der amerikanische Linguist Edward Sapir hat postuliert, dass die reale Welt zu einem großen Teil aus linguistischen Gewohnheiten der Gruppe geprägt wird. Die Welten, in denen die verschiedenen Gesellschaften leben, sind verschiedene Welten und nicht ganz einfach Welten, denen ein anderes sprachliches Etikett aufgehängt wird.

Es ist daher augenscheinlich, dass die linguistische Dimension grundlegend für die Identität des Einzelnen ist, und dass die volle Entwicklung des Einzelnen nur möglich ist, wenn dieser seine ursprüngliche sprachliche Dimension beibehalten kann. In diesem Sinne zielt auch die Charta des Europarates für Regional- und Minderheitensprachen von 1992 darauf ab, das europäische Kulturerbe zu fördern und zu schützen. Unser Europa ist nur multikulturell vorstellbar und daher ist es umso wichtiger, die sprachlichen und kulturellen Identitäten, die gemeinsam die Identität Europas bilden, zu wahren. Und ganz ausdrücklich geht es hier um eine gemeinsame Identität, die aus einer Vielzahl an kulturellen und sprachlichen Identitäten besteht, und nicht um eine Einheitsidentität. Die Geschichte der Nationalstaaten zeigt uns, dass die Anerkennung der sprachlichen, religiösen und kulturellen Minderheiten eine Grundvoraussetzung für die nachhaltige Vermeidung von Konflikten ist.

Die kulturelle Verschiedenartigkeit ist heute wieder im Zentrum eines unsere Epoche charakterisierenden Prozesses: die europäische Integration, welche auf die Überwindung der Exzesse der Nationalstaaten gerichtet ist, und der Versuch der Entwicklung eines Modells der europäischen Bürgerschaft, die gemeinsame zivile Identitäten schaffen kann und gleichzeitig der kulturellen und sprachlichen Verschiedenheiten gerecht werden kann. In einem vereinten Europa sind schließlich alle Sprachen Minderheitensprachen. <<

HOTEL

MoMA The Museum of Modern Art

ON-SITE:
NEW ARCHITECTURE IN SPAIN

February 12–May 1, 2006 The International Council Gallery

Highlights Spain's recent emergence as a center for important architectural projects; Exhibition Comprises 53 Building Projects Currently under Construction or Recently Built

Seite 19:
Jean Nouvel | Ateliers Jean Nouvel with b720 Arquitectura; Torre Agbar in Barcelona 2005
Photography courtesy of Roland Halbe

Kazuyo Seijima + Ryue Nishizawa / SANAA
IVAM Expansion in Valencia
Projected completion date: to be determined
Rendered view of main atrium

Invitation to debate

Text Emily Walton

The EU is a great thing, it pays my salary", says Josep Coll I Carbo from the General Direction Communication of the European Commition in Brussels. The spokesman for the EU is joking: In his position he is aware of European benefits such as job security, migration regulations and common laws. The ordinary EU citizen, however, doesn't waist much thought on Europe. "Especially young people don't see the relevance in the EU, it is just an institution," describes Coll I Carbo.

Travelling without a passport within a Europe without boundries is expercienced by many as a mere luxury; the previous economic and political relevance of the institution - to rebuild Europe after periods of war in the past century - have long since been forgotton. Hard work has to be done, in order to awaken enthusiam for the EU-Topic: "Brussels it not something from another planet", the Spaniard adds. It is for real. Although, when strolling through the streets of the EU-Headquarters around Schuman Square and the Berlaymont it does feel quite surreal: The impressive buildings of the Commission, the Parliament and the European Council give a feeling of strengh - strength enabled by the population: "The money is here. It comes from your pockets", Coll I Carbo points out in a talk on the new communication strategies of the European Commision. The new measures were enforced in autumn 2005. Commision Vice-President Margot Wallström launched Plan D in October. D does not stand for defense: "It is an invitation to debate and discuss, a call for a dialogue", spokesman Coll I Carbo states. Over the past months both Commision-President Jose Manuel Barroso and Margot Wallström (also responsible for institutional relations and communication strategy) have been touring the EU: A recent talk at the university of Prague were ment to encourage students to more EU-participation.

Discussions within national parliaments - i.e. recently in Paris - focus on combining national and European activities: "The aim is to create a new sense of ownership of your EU membership" Coll I Carbo enlightens. Naturally it is not possible to turn the Union into a democracy. At present Europe is built on a secondary system of democracy: "We can't ask every citizen separately on the budget situation or on the Turkey treaty", the EU-spokesman explains. "But more interaction is possible and a (re-)connection of the citizens of each memberstate is necessary", Coll I Carbo summarises the purposes of Plan D. The important aims are social development, awareness of the role of the Union, its boundaries and a single EU-citizenship. Especially the latter, however, can not be enforced solely by a communication strategy over a reflection period of seven months:

Pro-EU people will always exist, the same as political activists against a borderless trade- and political-environment. A quotable example is the United Kingdom Independent Party. At least these parties protest, which the member of the GD Communication approves of: "The worst are those, who don't show interest."

One has to remember, that the European institution is of major national concern, too. To say: `I am Austrian, British, French or German' isn't enough an excuse to not bother about the EU. It is not an either-or decision between nationality and a European single-citizenship: "You elect the people to decide on your behalf", Coll I Carbo reminds.

He hopes for a higher participation in elections. The local, regional and national authorities in each country take decisions that affect the tax payer: With higher participation the 25 Million Euros spent annually on communication could be reduced, too. "You have all the possibilities: Control your representatives", Coll I Carbo even goes as far to say: "If you don't want the EU, we can even dismantle it." Considering the facilitation the EU brings it would be a shame: Single currency and free moving regulations will be a profit to many in the future. "Don't worry about me", the Spaniard takes his job with humour: "I would get high compensation." <<

Entwicklung der Diplomatie

Kardinal Richelieu, Charles-Maurice de Talleyrand, Otto von Bismarck, Henry Kissinger und Willy Brandt sind bekannte Namen und sicher den meisten ein Begriff. Sie sind Beispiele für erfolgreiche und berühmte Diplomaten und haben zum Teil mit ihren Handlungen ein Stück der Weltgeschichte mitgeschrieben. **Text** Klaudia Feurle

Was ist Diplomatie wirklich? Wie ist Diplomatie entstanden? Was waren die Ursprünge und Auslöser des diplomatischen Systems? Und wie hat sie sich bis in unsere Zeit weiterentwickelt?

Das Wort Diplomatie kommt ursprünglich aus dem Griechischen und beschreibt die Pflege der Beziehungen zwischen den Staaten durch Verhandlung und die dabei angewandten Methoden; und auch die Kunst der Verhandlung. Die Entwicklung und Institutionalisierung der Diplomatie erfolgte vor allem im Zeitalter der absolutistischen Staaten. Die Fähigkeit Diplomatie zu betreiben gilt als eine der bestimmenden Elemente eines Staates. Historische Voraussetzung für die Entstehung der Diplomatie war folglich die notwenige Eingliederung der feudalen Herrschaftspyramide in die zentralisierten Monarchien des Europas der Renaissance. Diplomatie war ein zwischenstaatliches Informationsaustauschsystem, das verbindlichen Regeln unterlag und mit dessen Hilfe Druck ausgeübt werden konnte. Lange Zeit wurden Diplomaten nur für spezifische Verhandlungen entsandt, um danach sofort wieder in ihr Heimatland zurückzukehren. Sie waren üblicherweise Verwandte der Herrscherfamilien oder von sonstigem hohen Rang, womit ihnen die notwendige Legitimität zum Verhandeln mit anderen Staaten verliehen wurde.

„... ein wahrer Diplomat ist ein Mann, der zweimal nachdenkt, bevor er nichts sagt ..."
(Winston Churchill)

Politischer Egoismus beschreibt am Besten den säkularen Geist, der die praktische Diplomatie der frühen Renaissance bestimmte. Ermolao Barbaro, Botschafter Venedigs im 13. Jahrhundert, brachte dies klar zum Ausdruck: „Die erste Pflicht eines Botschafters ist genau dieselbe Pflicht wie die jedes anderen Staatsdieners auch, nämlich zu tun, zu sagen und zu denken, was der Erhaltung und der Vermehrung des Ansehens seines eigenen Staates am Besten dient." Die ersten Botschaften wurden im 13. Jahrhundert gegründet, wobei die norditalienischen Stadtstaaten der frühen Renaissance die Vorreiterrolle in diplomatischen Dingen übernahmen. Mailand war der erste Staat, der einen Vertreter an den Hof von Frankreich entsandte. Diese Praxis breitete sich dann von Italien auf die anderen europäischen Mächte aus, und bald schon tauschten die europäischen Mächte untereinander Botschafter aus. Als Mittel der Politik wurde die Diplomatie erstmals im 15. Jahrhundert in Italien eingesetzt, dort wurde sie zur ständigen Einrichtung gemacht und im 16. Jahrhundert von Spanien, Frankreich, England, Deutschland und schließlich von ganz Europa übernommen. Es wurden wechselseitig feste Botschaften eingerichtet, sowie Konsulatskanzleien für auswärtige Beziehungen und ein geheimdiplomatisches Nachrichtenwesen. In der Geschichte des Absolutismus gab es auch eine Zeit, in der die höchste diplomatische Devise die Heirat war. Die taktischen Eheschließungen als Mittel zur territorialen Ausdehnung kosteten viel weniger als kriegerische Auseinandersetzungen. Verfechter dieser Taktik waren bekanntlich einige monarchische Königshäuser, was al-

lerdings nicht immer konfliktfrei verlaufen ist. Siehe zum Beispiel die spanischen, österreichischen oder bayrischen Erbfolgekriege. Die Diplomatie war eine der bedeutendsten Erfindungen der Renaissance, und mit der Institutionalisierung diplomatischer Beziehungen wurde aus der Vielzahl ungleichartiger, staatlicher Gebilde des spätmittelalterlichen Europas in der Frühmoderne ein internationales, organisiertes Staatensystem geschaffen, das lange ausschließlich auf Europa beschränkt war. Innerhalb dieser Gruppe mit koordinierten politischen Interessen, aber auch politischem Egoismus, gab es feste Regeln für den wechselseitigen Umgang ihrer Mitglieder in Fragen des Krieges, der Bündnisstrategie, des Handels, der Heirat, der Propaganda usw.

In der Mitte des 17. Jahrhunderts wurden in Europa diplomatische Rechte etabliert. Der Wiener Kongress gründete nach der Niederlage Napoleons 1815 ein internationales System diplomatischen Ranges. 1961 wurde diese Tradition formell im Wiener Übereinkommen über diplomatische Beziehungen festgelegt. Die diplomatischen Traditionen außerhalb Europas waren allerdings sehr unterschiedlich.

Eine wichtige Voraussetzung für die Diplomatie war die Existenz einer Anzahl von Staaten, die in etwa die gleiche Macht besaßen, so wie es im Italien der Renaissance und im Europa der modernen Zeit der Fall war. Im Gegensatz dazu zögerten die Mächte in Asien und im Mittleren Osten, das Kaiserreich China und das osmanische Reich, bilaterale Diplomatie zu betreiben, da sie sich allen ihren Nachbarn gegenüber als unumstritten überlegen fühlten. Als sich die europäischen Mächte im 18. und 19. Jahrhundert über die Welt ausdehnten, verbreitete sich ebenso ihr diplomatisches System. Seit Jahrhunderten wird die informelle Diplomatie zur Kommunikation zwischen den Großmächten verwendet. Um Zugang zur Führungsspitze eines anderen Landes zu erhalten, bemüht sich der Diplomat, Kontakt zu einflussreichen Figuren in anderen Staaten herzustellen. Vor allem zwischen den USA und der Volksrepublik China läuft ein Großteil der Diplomatie zum Beispiel über halboffizielle Kanäle, indem akademische Mitglieder politischer Stiftungen als Gesprächspartner verwendet werden. Dies auch heute noch.

In Europa hingegen besteht die Praxis der Diplomatie heute mehr in vertrauensbildenden Maßnahmen, um langfristig die Gemeinsamkeit zu fördern und auch, um Spannungen zwischen Völkern abzubauen. Unter vertrauensbildende Maßnahmen fällt zum Beispiel das Schließen von internationalen Städtepartnerschaften oder die Förderung des Fremdsprachenunterrichts in Schulen. Diplomatie heute ist nicht mehr vergleichbar mit der im Zeitalter der Renaissance. Auf Grund einer immer stärker vernetzten Welt, globaler Präsenz der Weltereignisse, sich schnell entwickelnder Kommunikationstechnologien und auch der veränderten geostrategischen Lagen auf der Welt, hat sich das Aufgabengebiet des Diplomaten gewandelt bzw. erweitert. Diplomatie beinhaltet heute nicht mehr bloßen Informationsaustausch, sie umfasst heute Bereiche wie Politik, Verhandlungen, Interessenswahrung, Förderung von Beziehungen, Freundschaftspflege und Kulturaustausch. Auch die Aufgabenkreise, in denen heute Diplomaten tätig sind, sind dementsprechend umfassend. Sie reichen von Politik, Wirtschaft, Finanzwesen, Völker- und Europarecht, Entwicklungszusammenarbeit, Kultur und Wissenschaft bis zu Presse- und Öffentlichkeitsarbeit oder Rechts- und Konsularangelegenheiten.

Voraussetzungen, um als österreichischer Diplomat tätig zu werden, sind die österreichische Staatsbürgerschaft und eine geeignete Persönlichkeit, das heißt, man sollte ein hohes Maß an Mobilität und Flexibilität, Freude an der Begegnung mit anderen Kulturen und Lebenskreisen, Verhandlungsgeschick, Teamfähigkeit, hohe Einsatzfähigkeit und Eigenmotivation mitbringen. Weiter wird ein abgeschlossenes Hochschulstudium (österreichisches Diplomstudium der Rechtswissenschaften, der Sozial- und Wirtschaftswissenschaften oder der Politikwissenschaften), umfassende Allgemeinbildung, Kenntnisse im Völker-, Verfassungs- und Europarecht, in Wirtschaft/Volkswirtschaft, Kultur und Diplomatische Staatengeschichte sowie sehr gute Englisch- und Französischsprachkenntnisse gefordert.

Diese Kenntnisse werden bei der Aufnahme in den höheren auswärtigen Dienst in der Regel mit einem ein Mal jährlich stattfindenden Auswahlverfahren getestet. <<

European Forum Alpbach

Over 400 students from more than 30 countries apply for grants for the EFA. After having participated they return to their home throughout Europe and the globe with fresh ideas and visions. **Text** Dusan Nesovski, Bernhard Marckhgott

When a person returns home after a long trip, sooner or later, the three most asked questions have to come up: "Where have you been?", "Did you have a nice time?", and "What did you do?". If by any means your trip was educational, the follow up to these three questions is "What did you learn?" So the only reasonable thing to do, is to start talking about your past experiences, the places you've visited, the people you've met, the things you've seen. The problem is, what if there is no end to that story, what if you cannot interpret everything that you want people to know or better how to show people that what you have just experienced is too much to be put in words? So we will try to share our great experiences as participants of the European Forum Alpbach in a descriptive way:

The European Forum Alpbach, which takes place every August in the little Tyrolean village Alpbach and welcomes more than 3000 participants each year, is a private, non-profit organisation with an international scope of activities. The forum was first held in 1945, when a period of "intellectual reconstruction" was especially necessary after the devastating human catastrophe of World War II. Today it is chaired by its President Dr. Erhard Busek, Special Coordinator of the Stability Pact for South-Eastern Europe.

During its 18 days of seminars, workshops, panels and open discussions the European Forum hosts todays - as well as tomorrows - decision-makers and researchers from the fields of business and economics, politics, social and natural sciences and culture for the purpose of discussing current issues related to the future of Europe.

If you want to apply for a scholarship and participate in this years forum with the topic "Quest for Certainty and Security" see **http://www.alpbach.org**.

Transitional Constitutionalism

Irrespective of its diverse origins, the road to Statebuilding always proceeds through a period of transitional constitutionalism. To explore that winding route paved by delicate questions on an entity's constitutional landscape forms the objective of the 2nd Vienna Workshop on Internat. Constitutional Law. **Text** Mag. Gerhard Thallinger

The array of transitional constitutionalism is two-fold: First, an entity in statu nascendi necessitates some form of interim constitutional framework for the time of transition. This may either empower a provisional national government (such as recently in Iraq) or a UN interim governmental authority (such as in East-Timor or Kosovo) to lead a country into full independence and statehood. In a tense and riot-prone post-conflict period their respective tasks amount to the situation of a bull in a china shop. Caution and diligence stand vis-à-vis the need for far-reaching powers to restore (preserve) law and order. However, the desire for the subjected population's trust and support faces the actual state of affairs that transitional administrations make use of unrestricted competences and remain unaccountable for most of their deeds. International actors provided with excessive privileges and immunities unfortunately do not (yet) constitute an exception to this rule. This is illustrated for instance by the unfettered powers of the High Representative in Bosnia-Herzegovina or the 'human rights vacuum' under which UNMIK and KFOR act in Kosovo.

Second, the drafting of a future constitution turns out to be a key element of every State-building roadmap. Representing much more than a simple operation manual how to run a State, the constitutional document contains - aside from the distribution of competences, checks and balances as well as the assurance of fundamental rights - several indispensable functions, which regularly emerge as decisive for the successful transition into a peaceful and stable State. In particular, the drafting of a new constitution shall create legitimacy, thus requiring the full and active participation of all population groups including each ethnicity. Despite its provision of knowledge and money, foreign influx must be exercised with care in order to avoid a sense of imposition.

Most important, a constitutional consensus may facilitate and warrant peace and reconciliation. Alongside to the interim constitution it can serve as an instrument to provide for transitional justice regulating a State's coming to terms with its past. The peace-building capacity of a constitutional document is often inextricably linked with the distribution of competences. Thereby, much emphasis is placed on the questions whether a State should be unitary/federal or a certain region (province) shall be granted/denied autonomy (in this context the allocation of natural resources is frequently at stake, see the North-South conflict in Sudan). Staying on the right track in State-building demands extensive diligence, knowledge and patience in constitutional matters. In order to improve the relevant sense of orientation the 2nd Vienna ICL - Workshop has invited pertinent experts to prepare the ground for stimulating discussions on transitional constitutionalism. <<

2nd Vienna Workshop
on International Constitutional Law
„Transitional Constitutionalism"

Vienna University Law School
Juridicum, Top floor
19 and 20 May 2006

For further information and registration see **http://www.icl-workshop.com**

The Open Legacy

The Central European University in Budapest, founded in the early 1990s to promote a liberal society in Eastern Europe, has already managed to gain a respected place on the map of higher education. **Text** Stephan J. Wabl **Photos** CEU

As a student, George Soros struggled with theoretical papers and listened to Karl Popper's lectures about the open society. A bare 40 years later - the Berlin Wall had just come down and the communist countries were amidst upheaval - the billionaire and philanthropist set to work to put Popper's political philosophy into practice. In his hometown Budapest, Soros founded the Central European University (CEU), a postgraduate institution of higher education in order to support the transformation of Eastern Europe towards a free political and economic system. Today, CEU ranks amongst the most important universities in Europe.

Not to be defined by a dominant culture or nationality is an important part of the university's self-image. The aim is to educate students who perform excellently in academia but who are also engaged in the moral-social discussions of our time.

The combination of the US-style university model, the intellectual tradition of Europe and the particular experiences of Eastern Europe serve the Central European University as the framework for this objective. Its president, the Israeli Yehuda Elkana, is a well-known philosopher of science who called attention to social responsibility of the scientist during the Einstein Year 2005 with lectures on education and the social responsibility of the scientist. About thousand students from 60 countries are currently enrolled in 30 Master- and PhD-programmes. From Human Rights to International Relations via Social Anthropology, the international student body studies primarily the social and human sciences. The language of instruction is English and the maximal number of attendance per course rarely surpasses 15 students. Many young people from Eastern Europe and the former Soviet republics are at the CEU, for a degree promises high-profile positions in politics and business in their countries of origin. Since its foundation, eleven alumni have become prime-ministers in their respective countries. Students from Western Europe and the US often come to Budapest because of the pervasive intellectual atmosphere and the applied research orientated programmes. Students working on Eastern Europe are much closer "to the ground" at the CEU than in America or Great Britain.

Moreover, the professors are often leading experts in their field. "I was taught by professors who were formerly known to

me only by books and I discussed the various aspects of nationalism with students from all over the world. Such conditions foster profitable intellectual exchange," describes Margaret Haderer of Upper-Austria her time at the CEU. "Also, the university often conduces as a springboard into the international scientific community." Haderer is currently doing her PhD at the University of Toronto: "Budapest was of great help in this regard." For its young age, the university is already significantly entrenched in and well received by the academic world. Michael Merlingen has taught at the CEU since 1998 and could not imagine being somewhere else. "The teaching and research conditions are rather ideal and the students are very committed to their projects," says the political scientist from Salzburg.

The Central European University lays claim to a well-equipped library, a good number of student halls and its own sports-centre. **<<**

Prerequisite to study at the Central European University is a Bachelor- or Masters degree. A one year Master-programme costs 8.900€ per academic year. PhD-programmes (3-4 years) in the first year also amount to 8.900€, and to 1.200€ in the consecutive years. The university offers a number of scholarships: from full fellowships to partial tuition waivers. For the application two reference letters, curriculum vitae, a letter of motivation and a Toefl-Test are needed. Further infos: http://www.ceu.hu

Jung, aufstrebend und jede Menge Geld?

Praktika sind das A und O für einen erfolgreichen Berufseinstieg, so die gängige Meinung. Doch mittlerweile hat sich eine ganz andere Art von Praktika durchgesetzt, die sich um ein Vielfaches vom ursprünglichen Verständnis eines herkömmlichen Praktikums in Opas Laden unterscheidet. **Kommentar** Mag. Sven Pusswald

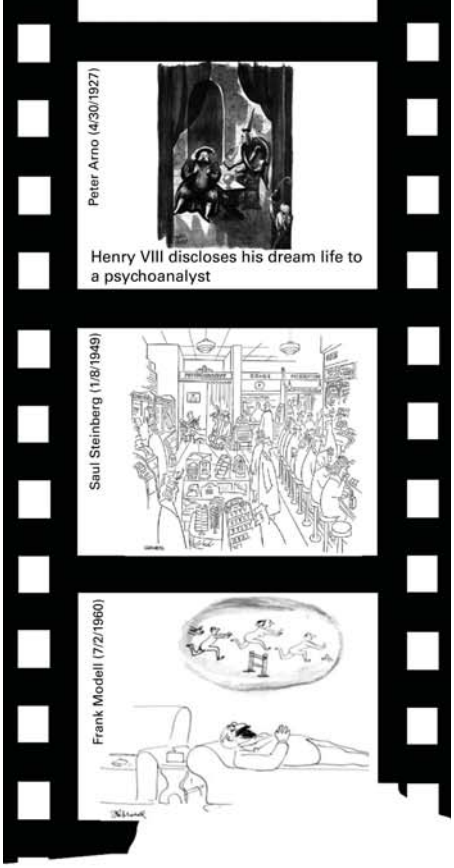
Heute versteht man unter einem Praktikum ein im Ausland langfristig angelegtes Projekt ohne Bezahlung. Zielgruppe sind junge, aufstrebende Akademiker mit dem Wunsch etwas von der Welt zu sehen. Ob Rio de Janeiro, Tokio, Sydney oder New York, an allen Ecken und Enden dieser weiten Welt finden sich junge, gut ausgebildete österreichische freiwillige Arbeiter. Wie Sand am Meer könnte man schon fast sagen. Von der Unterstützung sozialer Hilfsprojekte in Brasilien oder Afrika bis hin zur Mitarbeit in österreichischen Auslandsvertretungen, Handelsstellen, in der UNO oder in good old Brüssel, überall sind unbezahlte Praktikanten zu finden.

Doch wie finanziert man ein Praktikum im - nicht immer billigen - Ausland? Meinen persönlichen Erfahrungen zufolge findet man, zumindest im sich ausbreitenden Sektor der unbezahlten Praktika, immer wieder die gleichen Leute vor. Und das ist nicht sarkastisch gemeint. Die Praktikanten sind zumeist Juristen, Politologen oder Wirtschaftler und kommen aus überdurchschnittlich mittelständischen Familien: Vater Arzt, Mutter Anwältin oder so ähnlich. Ich bin selbst keine Ausnahme. Wer sonst könnte es sich leisten eine internationale Krankenversicherung, Miet- und Reisekosten, fließende Beherrschung der jeweils fremden Landessprache, eine motivierende Einstellung und erfolgreiches Studium vorzuweisen? Letztere Aspekte treffen sicherlich auf mehr Interessenten zu, doch leider braucht es jede Menge Geld um motivierend arbeiten zu dürfen. Klingt das nicht verdammt komisch? Man bezahlt um arbeiten zu dürfen? Wieso ist dem so? Warum werden klassische Assistentenstellen in vielen Unternehmen gestrichen und gegen kostenlose Praktikumsplätze ersetzt? Sechs Monate Praktikum für eine Unterschrift aufs Zeugnisformular? Ökonomisch sinnvoll? Aus unternehmerischer Sicht durchwegs vorstellbar: Man schult den Praktikanten ein Monat lang ein, dann arbeit er fünf Monate umsonst und die Kosten belaufen sich auf die besagte Unterschrift. Gut gemacht. Unfall- und Krankenversicherung sind vom Praktikanten selbst zu tragen. Das Mittagessen ebenso. Natürlich besteht die Möglichkeit eines "schlechten" Praktikanten, doch es gibt auch unmotivierte Angestellte, das Argument scheidet also aus.

Die Schuld liegt bei den Praktikanten selbst. Behaupte ich mal so. Es gibt nämlich einfach zu viele. Das Motto: Wenn ich es nicht mache, dann macht es ein anderer findet durchwegs seine Berechtigung. Unvorstellbar, aber mittlerweile muss man sich um einen Praktikumsplatz schon so bewerben wie um einen "richtigen" Job. Was können Sie und was bringen Sie ein, damit Sie für uns - umsonst - arbeiten dürfen? Unfassbar eigentlich! Und der Trend wird sich, wie die Entwicklungen im österreichischen Bildungswesen aufzeigen, noch weiter verstärken. Praxissemester sind mittlerweile ein Muss an jeder besseren Fachhochschule. Alarm: Praktikanten auf den Markt!

Denjenigen den dieses System gegen den Strich geht, nehmen an einem solchen Auslandspraktikum erst gar nicht teil, sie ziehen somit auf jeden Fall den Kürzeren. Wer es sich nicht leisten kann ohne Gehalt zu praktizieren, der scheidet schon mal aus. Die These lautet: kein Praktikum bedeutet schwierigeren Berufseinstieg bzw. schlechtere Berufschancen. Und jene die ein Auslandspraktikum in New York, Tokio oder Entwicklungshilfeprojekte in Afrika absolvieren können, verfügen über ausreichende finanzielle Mittel um einen solchen Aufenthalt zu absolvieren und wenn ich es mir leisten kann, wieso am System etwas ändern?

Es stellt sich die Frage nach der sozialen Komponente und die ruht meiner Ansicht nach in jedem selbst. Die Frage an dieser Stelle lautet nur, ob man sie sich angesichts neuer Master- und Postgradualer Ausbildungsplätze ab 10.000 Euro aufwärts stellen wird oder doch auf Papas oder Mamas Investition in die eigene Zukunft vertraut ... <<



On the Couch

The couch theme in the cartoon art of THE NEW YORKER - Caricatures about Freudian therapy still please not only the magazine's urbane readers **Text** Mag. Marianne Oberreiter

To arouse a feeling of pleasure," described Sigmund Freud the effect of humor in his book "The Joke and Its Relation to the Unconscious" of 1905. THE NEW YORKER magazine published its first cartoon reflecting the Freudian therapy in 1927. In the following decades over 400 caricatures by different cartoonists followed varying more or less the classical couch situation.

The Museum of the City of New York (MCNY) will show a collection of about 80 psychoanalysis cartoons from the magazine NEW YORKER to commemorate the 150th anniversary of Sigmund Freud's birthday on May 6, 1856. The exhibition "on the couch" marks one of the highlights in this year's celebrating activities supported by the Austrian Ministry of Foreign Affairs.

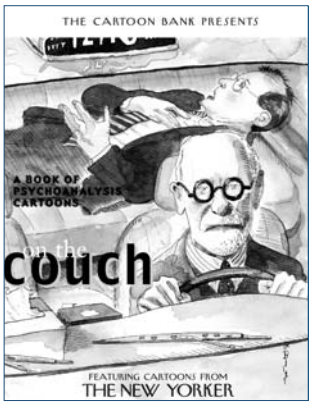
"The idea of the present project is to portray, in turnaround fashion, what jokes about psychoanalysis can look like," said Michael Freund, curator of this travelling exhibition.

The show will for example focus on the "golden era" of Freudianism, the decades of the 1940s to the 1970s and tries to give an overview of the codes and iconography the individual cartoonist used to make fun of Freudian therapy. The most recent caricatures will finally present the change of the formal convention in this field: The therapy situation becomes more and more a vehicle of transporting absurdity within contemporary society.

Charles Barsotti - one of the presented cartoonists - lives in Kansas City and therefore his work cannot be classified as outcome of a typical New York phenomenon. "I am a displaced Texan and have no fears, existental or otherwise. Yep," he said.

Visitors expect a very fine selection of works of the worldfamous cartoonists, such as Peter Arno, Saul Steinberg or Charles Addams. "The cartoons show the development and variety of reactions, and they can be viewed in the context of a fascination with psychoanalysis - and of Freud-bashing," Freund explained the idea of this project.

The opening will be on April 11, 2006 in the MCNY and the show will be on display for two months. **<<**



Further venues 2006

London, Sigmund Freud Museum
July - August
St. Petersburg, Freud Dream Museum
September - October
Prague, Gallery of the Austrian Cultural Forum
November - December

Copyright © 2006 All artists and Cartoonbank.com, a division of The New Yorker Magazine. All Rights Reserved.

Frühlingserwachen

Frühlingserwachen in der Kunst- und Kulturszene. Interessantes aus New York und Wien. **Text** Mag. Sven Pusswald

Der Frühling ist da, oder zumindest habe ich das dementsprechende Gefühl. Und wie heißt es doch so schön: I love Paris in Spring Time? Tauschen Sie nun einfach Paris gegen New York und schon schlendern Sie mit einem wunderbar cremigen Starbucks Cappuccino an den verführerischen Obstständen auf der 2nd Avenue entlang. Sollten Sie dieser Tage auf der Höhe der 52ten Straße sein, dann schauen Sie unbedingt im Austrian Cultural Forum (11East, 52nd) vorbei und besuchen Sie die aktuelle Kunstausstellung: Switching Worlds: Desires and Identities, die noch bis zum 15. April für das Publikum kostenlos zu bestaunen ist. Und zu sehen gibt es jede Menge. Kurator und Direktor des ACF Christoph Thun-Hohenstein hat sich wirklich Mühe gegeben und eine phantastische Gruppenausstellung auf die Beine gestellt. Rainer Ganahl, Iris Klein, Erwin Redl oder Stefan Sagmeister sind nur vier der insgesamt elf ausgestellten Künstler die mit Sicherheit einen bleibenden Eindruck auf das Publikum hinterlassen werden.

Switching Worlds: Desires and Identities fängt die Wünsche, Träume und Überlegungen als auch Ängste österreichischer Künstler die in New York leben und arbeiten ein, verwendet diese als Ausgangspunkt für eine kritische Betrachtungsweise globaler Zivilisation und zeigt auf, was es heißt Mensch in einer digitalen Welt zu sein. Die Ausstellung illustriert das Gefühl Europäer in Amerika zu sein, die Spannungen zwischen eines Geschichte überladenen Europas und den wachsenden illusionären „freien Geist" Amerikas.

Drei Künstler rücken ganz besonders in mein persönliches Blickfeld: Iris Klein, Rainer Ganahl und Stefan Sagmeister / Ralph Ammer. In Iris Kleins schwarz - weiß Photographiedrucken spielt der Inszenierungsaspekt eine wesentliche Rolle. Iris Klein arbeitet mit einer selbst gemachten, lebensgroßen Puppe, welche als Leinwand für Projektionen Verwendung findet. In ihren Arbeiten kreiert sie Traum ähnliche Stimmungsbilder, die auf subtile Art und Weise Beobachtungen der Künstlerin wie etwa den Wunsch nach Identität in einer anonymen Welt widerspiegeln und transportieren. Beeindruckend. Sie selbst beschreibt ihre Arbeit als eine reflection upon the self as other, as a being with an exlusive and maybe even absent center. Stefan Sagmeister/Ralph Ammer versucht mit einer interaktiven Installation die Kluft zwischen digitaler Technologie und realen Leben, dem menschlichen Körper zu verbinden. Definitiv interaktiv. Rainer Ganahls Videoinstallationen gelten als konzeptueller Pol des Ausstellungsspektrums. Die Angst vor Übergriffen durch das neu geschaffene „department of homeland security" inspirierte Ganahl auch zu einer Reihe von kurzen Videos in denen er Sätze in elf von ihm erlernte Sprachen übersetzt, wie zum Beispiel „Ich bin kein Terrorist", „Ich bin kein religiöser Fanatiker". Das endlose Erlernen von Fremdsprachen ist Teil seiner künstlerischen Praxis. Unglaublich.

Mit dieser Ausstellung wird der Fokus des ACF auf die Beziehung zwischen Individualismus und Gesellschaft, Gesellschaft und Ökonomie, Ökonomie und Medien als auch Medien und Lifestyle im digitalen Zeitalter erneut betont und weiter vertieft. Sollten Sie übrigens nach der Ausstellung noch ein wenig Zeit übrig haben, so rate ich Ihnen im nahegelegenen Central Park einen weiteren Kaffee zu genießen. Der muss allerdings nicht von Starbucks sein.

Doch nicht nur New York ist in Sachen Kunst on top. Auch die Wiener Kunst- und Kulturszene hatte wieder einmal Grund zu feiern. Diesmal war auch ich sozusagen

RAINER GANHAL
Homeland Security I-V, 2003. Videos on DVD; each piece 1 min 50 sec.
Courtesy Baumgartner Gallery, New York.

KTM
Designing Desire -
Österreich. Motorrad-Design

IRIS KLEIN
Schwalbe/Swallow, 2005. Lambda print, 40 x 40 inches (approx. 117 x 117 cm).

live dabei, als man zur Eröffnung des neuen designforum im Wiener Museumsquartier lud. Abgesehen von einem unglaublichen Buffet, dass es in netter und kreativer Atmosphäre des Museumsquartiers zu genießen galt, bietet das neu gegründete designforum eine unglaubliche Bereicherung für Wien als Kulturhauptstadt. Graz war einmal, Wien ist seit 30. Jänner 2006 offiziell wieder in.

Das im Museumsquartier angesiedelte designforum fungiert als Dialog-, Kompetenz- und Vermittlungszentrum, dessen Aufgabe darin besteht, über Design und dessen Funktion in unserer Zeit laut nachzudenken. Nun denkt manch Leser ganz automatisch an klassische Sujets wie Musik, Mode oder Kunst im Allgemeinen, wenn von Design die Rede ist. Bei der Eröffnung wurde ich allerdings eines besseren belehrt! Design und das wurde insbesondere in der Rede von Prof. Dr. Michael Braungart deutlich, bietet nämlich jede Menge neuer innovativer Ansätze, die, wie zum Beispiel das cradle-to-cradle design, ökologische, soziale, wirtschaftliche als auch politische Aspekte von Design-Produktion ansprechen. Dem cradle-to-cradle design liegt eine Vision einer Industriegesellschaft zugrunde, die ihre Produktionsverfahren nach dem Modell der Natur gestaltet. Natur kennt nämlich weder Abfall, Einschränkungen noch Verzicht, sondern setzt (einfach) die richtigen Materialien zum richtigen Zeitpunkt am richtigen Ort ein. Das cradle-to-cradle design unterscheidet zwei Produktgruppen:

Verbrauchsgüter und Gebrauchsgüter. Erstere sind dem cradle-to-cradle design nach so konzipiert, dass sie in einen biologischen Kreislauf übergehen können, ohne ihn zu stören. Produkte wie Kosmetiker oder Waschmittel, zersetzen sich zu biologischen Nährstoffen und können biologische Systeme fördern. Letztere sind Produkte, die sich während der Nutzung nicht "verbrauchen" lassen, sondern lediglich eine Dienstleistung erbringen. Sie werden so gestaltet, dass sie nach Erfüllung ihrer Funktion zu so genannten "technischen Nährstoffen" zerlegt werden können. Diese ermöglichen dann die Produktion neuer Gebrauchsgüter. Dem Benutzer wird also letztlich lediglich die entsprechende Dienstleistung verkauft. Die Materialien bleiben Eigentum des Herstellers, der sie über Recyclingsysteme weiter im technischen Kreislauf hält.

Kurz: ein biologischer Kreislauf für Verbrauchsgüter und ein technischer Kreislauf für Gebrauchsgüter. Als wesentliche Aufgaben des designforum werden der Aufbau einer Kommunikationsplattform und die Förderung des Dialoges zwischen Kreativen, Auftraggebern und Öffentlichkeit gesehen. Dazu passend, präsentiert die New Design University von 27. März bis 1. April das New Design Festival, das eine dauerhafte Ausstellung von Forschungsprojekten der New Design University, Workshops, eine Modenschau, Vorträge und musikalische Highlights bieten wird. Jeder der sich für eine Aus- bzw. Weiterbildung im Design-Bereich interessiert, sollte am letzten Tag des Festivals unbedingt die Möglichkeit zu einem Beratungsgespräch für die unterschiedlichen BA und MA Studiengänge wahrnehmen. Es lohnt sich garantiert und der Vernetzung bestehender Designinitiativen und Institutionen steht nichts mehr im Weg. Die erste Ausstellung im designforum widmete sich übrigens dem österreichischen Motorrad-Design:

Designing Desire - Österreichisches Motorrad-Design: KTMs Entwicklung von Offroad zu grenzenlosem Fahrvergnügen. Beeindruckend. <<

Ausstrahlen statt Vereinnahmen

Die Österreichische Liga für die Vereinten Nationen lud unlängst zum Jour-Fixe mit Vortrag und Diskussion der besonderen Art: Dr. Peter Marboe, Intendant des Wiener Mozartjahres, referierte im Hotel de France zum Thema „Wem gehört Mozart? - Gedanken zu einem europäischen und kosmopolitischen Phänomen."

Text Mag. Silvia Gangelmayer

Das vom Wiener Mozartjahr-Intendanten Peter Marboe ausgerichtete Fest anlässlich des 250. Geburtstages von W. A. Mozart ist bereits im vollen Gange. Ganz Wien ist im „Mozartfieber" und wird mit Konzerten und Ausstellungen rund um den berühmten Komponisten umrahmt. „Noch nie wurde jemand so häufig rezipiert", so Marboe, „wie im Falle Mozarts." Ein Blick in die Google - Suchmaschine spricht Bände. Finden sich hier doch beinahe unbeschreibliche 50 Millionen Einträge, was Grund genug sein sollte, das „Phänomen Mozart" zu reflektieren. Peter Marboe denkt jedoch nicht nur darüber nach, sondern fesselt und bewegt gleichermaßen das Auditorium mit seinem lebhaften Referat.

Es wäre leichtfertig, Mozart als „österreichisch" definieren zu wollen. War er doch ein Reisender schlechthin, der in mehr als 200 Städten Europas unterwegs war. Mozarts Touren beeinflussten und inspirierten sein musikalisches Schaffen. Etwa zehn Jahre seines Lebens verbrachte der Musikus in Wien. So verwundert es nicht, dass gerade hier eine Begegnung der besonderen Art mit Mozart forciert wird, denn jeder ist dazu eingeladen, sich auf die Spuren des Genies zu machen, und dessen Leben und Werke zu entdecken. Nicht sinnvoll wäre es hingegen, Mozart zu vereinnahmen, denn nicht eine ökonomische Vermarktung, sondern die Musik und Kultur sollen hierbei im Vordergrund stehen.

Tatsache ist, dass Mozarts musikalisches Oeuvre nicht allen bekannt ist. Um diesen Umstand entgegen zu wirken, haben sich die Verantwortlichen des „Mozartjahres" etwas Besonderes einfallen lassen. Mozart soll in qualitativ hochwertiger Form erlebbar sein und zu einer ernsthaften Auseinandersetzung inspirieren.

Nicht vereinnahmen, nicht zwangsbeglücken, sondern ausstrahlen steht dabei im Vordergrund. Ebenso soll bewusst gemacht werden, dass ein Leben mit Musik einfach lebenswerter ist. Aus diesem Grunde wird es auch vermehrt Aufführungen in Wiener Altersheimen, Krankenhäusern und Strafanstalten geben. „Damit sollen möglichst viele Menschen erreicht und niemand vergessen werden", betonte Peter Marboe.

In diesem Sinne kann man sich nur wünschen, dass das Mozartjahr musikalische Spuren hinterlässt und auch jene Zielgruppen anspricht, die bisweilen einen großen Bogen um Mozart gemacht haben. <<

The United Nations Association of Austria recently invited on the occasion of the 250th birthday of W. A. Mozart to talks and discussions of special kind: Dr. Peter Marboe, Director of the Vienna Mozart Year 2006 reported on the subject "To Whom does Mozart Belong? - Thoughts to an European and Cosmopolitan Phenomenon". The basic idea of the Mozart Year is that a life with music is simply more worth living than without.

People

Lecture on International Relations in the 21st Century by Amb. Dr. Wendelin ETTMAYER at the Diplomatic Academy; 27. 02. 2006

Lecture on the Ukraine with Rotaract Club Wien-Stadtpark at Museum of Modern Art in Vienna
08. 02. 2006

Jour Fixe Lunch with the Director of the Vienna Mozart Year, Dr. Peter MARBOE 22. 02. 2006 (Fotos: Gerhard Koller)

HIGH ACADEMIC STANDARDS WITH A HUMAN TOUCH

DANUBE
INTERNATIONAL SCHOOL

Vienna, Josef Gall-G. 2
Tel.: +43 (1) 720 31 10
www.danubeschool.at

Located in the heart of Vienna

All-day school in small class sizes

English through Mother Tongue

From Kindergarten through to IB Diploma

IB World School

Zungenfertige Redner

Mit dem Debattierclub bietet das Akademische Forum für Außenpolitik jungen Menschen seit Oktober 2004 die Möglichkeit, ihre rhetorischen Fähigkeiten zu verbessern. **Text** Daniel Fuchs

Zungenfertige Redner sind fernzuhalten; zungenfertige Redner verführen", warnte der im sechsten Jahrhundert vor Christus lebende chinesische Philosoph Konfuzius. Heute, fast 2500 Jahre danach, wird uns die Aktualität dieser Aussage tagtäglich vorgeführt. Ob in medialer Werbung oder Politik, die Möglichkeiten der Beeinflussung mithilfe ausgefeilter Rhetorik sind mannigfaltig und werden bewusst eingesetzt. Gerade in dieser Situation erlangt das Training der eigenen rhetorischen Fähigkeiten eine große Bedeutung. Dass diese Fähigkeiten sehr wohl auch positiv eingesetzt werden können und das Erlernen guter Rhetorik Spaß macht, davon kann der Debattierclub des Akadem. Forums für Außenpolitik überzeugen.

In einem Debattierclub stehen sich zwei Teams, die symbolisch für eine Regierungs- bzw. Oppositionsseite stehen, in einem Redewettkampf gegenüber. Im verbalen Wettstreit um ein ausgewähltes aktuelles Thema versuchen die Mitglieder der Teams, ihren Standpunkt in einer zeitlich begrenzten Rede am Überzeugendsten zu vertreten. Doch nicht nur die einzelnen Fraktionen, sondern auch das Publikum wird in die Debatte miteinbezogen. Jede/r Teilnehmer/in verfügt über das Recht, das Wort zu ergreifen und kann in einer abschließenden Abstimmung über Sieg und Niederlage der Teams entscheiden. Dieses Modell entstammt dem Konzept der Offenen Parlamentarischen Debatte, das in Anlehnung an Debatten im britischen Unterhaus entstanden ist.

Großbritannien kann auch als Mutterland der Debattierclubs bezeichnet werden. Von ersten Debatten an englischen Universitäten ausgehend, stießen Debattierclubs ebenso außerhalb der Insel auf großes Interesse. So fand das erste internationale Debattierclub-Turnier bereits 1976 statt. Heute besteht ein großes Netzwerk an Debattierclubs aus unterschiedlichen Ländern, die ihre Rhetorik regelmäßig bei Wettkämpfen und Weltmeisterschaften messen.

Mit der Gründung des AFA-Debattierclubs im Oktober 2004 besteht nun auch in Österreich die Möglichkeit, rhetorische Fähigkeiten auf diese Art und Weise zu verbessern. Einmal pro Monat treffen wir uns seither, um über ein aktuelles Thema zu diskutieren. So waren beispielsweise Fragen wir „Soll die Türkei in die EU?" oder „Brauchen wir ein Rauchverbot in öffentlichen Lokalen?" Anlass genug, um spannende, aber auch humorvolle Wettkämpfe zu erleben. Eine Voraussetzung für eine Teilnahme gibt es dabei nicht. Alle, die immer schon ihr Auftreten vor Publikum verbessern wollen, sind herzlich eingeladen teilzunehmen - wobei dies selbstverständlich kostenlos ist. Über einen „Debattierclub-Newsletter" werden alle Interessierten über vergangene Debatten und kommende Termine informiert. Für jene, die sich über die Debatte hinaus rhetorisch weiterbilden möchte, bietet das AFA seit vergangenem Herbst auch spezielle Rhetorikkurse an. Verbunden mit dem Debattierclub bilden diese eine gute Möglichkeit theoretisches Wissen in der Praxis zu testen. Im Lichte des Debattierclubs verdeutlicht sich schließlich die vorzunehmende Relativierung der oben genannten Warnung des Philosophen Konfuzius. Die Verbesserung der rhetorischen Fähigkeiten ist nicht ausschließlich in seinen negativen Ausformungen, sondern, im Gegenteil, in der Ausbildung besonders zweier positiver Aspekte zu betrachten. Zum einen werden in der Debatte, durch ein Wechselspiel von Rede und Gegenrede, das klare Denken sowie eine kritische Reflexion von Äußerungen des Gegenübers geschult. Zum anderen wird die eigene Überzeugungskraft trainiert, deren Fehlen man sich oft erst bewusst wird, wenn man in Situationen des täglichen Lebens Recht zu haben glaubt, dieses Recht jedoch nicht erhält. Dementsprechend soll abschließend auf Konfuzius mit einer Aussage Daniel Websters geantwortet werden, der die Überzeugungskraft innerhalb einer Debatte positiv versteht und darlegt: „Wenn ich einmal all meine Besitztümer abgeben müsste und dürfte nur einen Besitz behalten, ich würde die Kraft der Rede wählen. Denn mit ihrer Hilfe hätte ich bald alle anderen zurück gewonnen." <<

Since October 2004 the Academic Forum for Foreign Affairs has an own Debating Club, which offers young people the possibility to improve their rhetoric capabilities. Each month a competition between two teams about current topics takes place, during which the audience is allowed to interfere and decides about the winner. As rhetoric is an essential part of everyday life, participating at the Debating Club helps to get used to the forces, dangers and positive effects of speeches.

LANDMINES
CHECKPOINT
EVERYTHING ALRIGHT!
YOURS, George W. Bush
HOTEL
UN
DIPLOMACY
ACHTUNG BAUSTELLE!
STATE UNDER CONSTRUCTION
HELMPFLICHT
06
trabant@gmx.at

www.bawagpsk.com www.bawagfonds.at

Auch Ihr Geld arbeitet Tag und Nacht für Sie:

BAWAG P.S.K. Investmentfonds

Mehrfach ausgezeichnet!

- ***Attraktive Wertentwicklung****
- ***Beste Erträge****

*) Ertragsergebnisse der Vergangenheit lassen keine Rückschlüsse auf die künftige Entwicklung zu. Der aktuelle Verkaufsprospekt liegt in jeder BAWAG- und Postfiliale für Sie bereit.

Wir beraten Sie gerne. In jeder BAWAG- und Postfiliale.

BAWAG P.S.K. | Invest